



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 18.12.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggler
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

entschuldigt:

Stadträtin Monika Holl

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement
Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Frank Brunecker, Museum Biberach ab TOP 11
Kerstin Bösch, Wieland-Stiftung ab TOP 6
Carola Christ, Stadtplanungsamt ab TOP 11
Irene Emmel, Amt f. Liegenschaften u. Wirtschaftsförderung
Wilfried Erne, Hauptamt
Andrea Fischer, Personalrat ab TOP 11
Verena Fürgut, Persönliche Referentin d. Oberbürgermeisters
Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg
Thomas Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Brigitte Länge, Ordnungsamt ab TOP 10
Margit Leonhardt, Kämmereiamt
Markus Merkle, Baubetriebsamt ab TOP 10
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Robert Walz, Gebäudemanagement ab TOP 6
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Erster Bürgermeister Roland Wersch
Wolfgang Winter, Bauverwaltungsamt ab TOP 11

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Aushändigung Ehrennadel des Städtetags an Stadträtin Gabriele Kübler	
3.	Stadtteilhaus Gaisental e.V. - Antrag auf Weitergewährung der Betriebskosten- und Projektkostenzuschüsse sowie auf Erhöhung des Personalkostenzuschusses	2017/213/1
4.	Fortsetzung des Cateringkonzepts der Stadthalle Biberach	2017/218
5.	Einrichtung einer Grundbucheinsichtsstelle	2017/208
6.	Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS Ergebnis Mehrfachbeauftragung und Beauftragung von Architektenleistungen	2017/221
7.	Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS - Fortschreibung der Globalberechnung und Festsetzung des Abwasserbeitrags	2017/219
8.	Neufestsetzung der Gebühren für die Entsorgung des Abwassers aus geschlossenen Gruben und Kleinkläranlagen	2017/220
9.	Haushaltsplan 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach	2017/227
10.	Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach	2017/225
11.	Änderung der Verzinsung bei den zweckgebundenen Rücklagen für Pensionen und Beihilfen ab 01.01.2017	2017/212
12.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2018 - Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	2017/228
13.1.	Bekanntgaben - Denkmalwürdigkeit Schulstraße 26	2017/226
13.2.	Bekanntgaben - Poco Loco	
14.1.	Verschiedenes - Schulstraße 26	
14.2.	Verschiedenes - Winterdienst auf dem Marktplatz	
14.3.	Verschiedenes - Meldung von Unfällen	
15.	Jahresabschluss StR Hagel	

Die Mitglieder wurden am 13.12.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 13.12.2017 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Bürgerfragestunde

OB Zeidler begrüßt die anwesenden Gäste und eröffnet die Bürgerfragestunde. Er weist darauf hin, dass das Mitschneiden der Sitzung sowie Fotoaufnahmen nicht gestattet sind und bittet Herrn Magdalinos, dies zu unterlassen. Bei einer öffentlichen Sitzung brauche er eine Drehgenehmigung. Desweiteren macht er darauf aufmerksam, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderats geändert wurde und nun jeder Bürger drei Minuten lang das Recht habe Fragen zu stellen.

Herr Vollmer erkundigt sich nach dem Salzstadel, wo mittlerweile bereits die Bauarbeiten begonnen haben. Im rückwärtigen Bereich sei ausgeschachtet worden und er habe sich einmal die Baugrube angeschaut. Ihn würde interessieren, ob das Material auf archäologische Funde gesichtet worden sei. Es sei nämlich einmal ein Container da gestanden und das Material sei gleich weggeschafft worden.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass ihm keine Funde bekannt seien. Die Maßnahme sei mit dem Denkmalamt abgestimmt und es habe diesbezüglich auch keine Forderungen seitens des Denkmalamts gegeben.

Paul Magdalinos teilt mit, dass laut der Geschäftsordnung die Bürgerfragestunde auch Anregungen und Vorschläge machen könne. Er habe die Geschäftsordnung gelesen und möchte den Vorschlag machen, die Geschäftsordnung zurückzunehmen, da diese verfassungswidrig sei.

StR Etzinger lacht und wird von Herrn Paul Magdalinos gebeten ruhig zu sein. Er sei Bürger dieser Stadt und werde drangsaliert, schikaniert und diskriminiert. Es sei ihm egal, dass die Zeit laufe. So wie die Geschäftsordnung beschlossen worden sei, solle sie nun wieder zurückgenommen werden, da sie klar verfassungswidrig sei. Es beiße sich mit § 30. Würde dies gelesen, könne man es sehen. Er finde es eine bodenlose Frechheit, dass hier in der Bürgerfragestunde seine Sekunden gezählt werden und da stehe er einfach dazu. Die Grundrechte würden mit Füßen getreten. Von OB Zeidler möchte er wissen, wie er zulassen könne, dass Baubürgermeister Kuhlmann die Leute erpresse. Dieser würde sagen "Bitte Baueinstellung aufheben", also die Berufsfreiheit gebe er auf, den Artikel 12 gebe er ihnen zurück, was er ihnen schon immer geschuldet habe und sie sollen ihre Meinungsfreiheit aufgeben. Er möchte von OB Zeidler wissen, wie er so etwas zulassen könne. Es seien also Grundrechtsverletzungen. Ob es § 23 sei oder Kirchplatz 7, das sei alles dasselbe. Mit Blick auf die Uhr stellt Herr Paul Magdalinos fest, dass er noch eine Minute Zeit habe. Man könne ganz ruhig bleiben, diese Zeit werde er ausschöpfen. Seit Januar 2013 werde er durch den Wurm gedreht und vom gesamten Bauamt misshandelt. Von allen Angestellten, die gehetzt und angestiftet werden, ihn bei all seinen Baustellen zu misshandeln und zu verschleppen. Seit 2013 hätte er keine einzige Genehmigung bekommen und dies beruhe darauf, dass er nicht geknickt sei, das älteste Haus in Biberach abzureißen. Dies habe er nicht mit sich machen lassen. Er habe es auch nicht mit sich machen lassen, dass in der Karpfengasse 21 das intakte Fachwerk hätte zerstört werden sollen wegen zehn Zentimeter Brandschutz angeblich. Das Regierungspräsidium hätte gesagt, dass das Ganze so bleibe wie es sei. Wie mit Baudenkmalern und den Bürgern umgegangen werde sei einfach unwürdig und hier gehe es um Artikel 1.

OB Zeidler erklärt, dass im Beitrag einige Anregungen enthalten gewesen seien. Die einzige Frage, die er gehört habe sei gewesen, wie er es zulassen könne, dass irgendjemand vom Baubürger-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

meister erpresst werde. Dies möchte er in aller Form zurückweisen. Niemand werde in irgendeiner Form erpresst oder drangsaliert und damit sei diese Frage erledigt.

Herr Paul Magdalinos wirft ein, dass OB Zeidler es als Erpressung bezeichnen müsse wenn es einen Handel gebe zwischen Meinungsfreiheit und Berufsfreiheit.

OB Zeidler erklärt, dass er Herrn Paul Magdalinos hiermit zur Ordnung rufe. Er habe die Frage von Herrn Paul Magdalinos beantwortet und er habe die Antwort durchaus zutreffend gefunden.

Auf die Nachfrage von OB Zeidler, ob es weitere Fragen aus der Bürgerschaft gebe, antwortet Herr Paul Magdalinos, dass er noch viele Fragen habe.

Es meldet sich Marco Magdalinos. Er fragt, weshalb die Protokolle zur Bürgerfragestunde unvollständig seien.

OB Zeidler bittet ihn fortzufahren, er würde gerne seine Fragen sammeln, dies stehe auch so in den Statuten.

Marco Magdalinos meint, dass diese sowieso verfassungswidrig seien. Diese könne man ja nicht ernst nehmen. Er möchte wissen, ob er nun eine Antwort bekomme. Er möchte dazu weiter ausführen, dass zum Beispiel das ganze Ausbuhen und auf die Tische klopfen von Gemeinderäten nicht protokolliert worden sei, oder das StR Heinkle zur Tür rausgerannt sei und die Tür so zugeschlagen und schimpfend den Saal verlassen habe und gemeint habe, er müsse sich das Geschwätz von ihnen nicht anhören. StR Hagel habe ihn einmal angeschrien und völlig die Fassung verloren, als es um die Plakatierung beim Kirchplatz 7 ging. Dies sei auch nicht im Protokoll gestanden. StR Hagel habe ihn gefragt, ob er daran beteiligt sei, was er verneint habe. Auch dies stehe nicht im Protokoll. Er würde OB Zeidler bitten, die Protokolle zu vervollständigen und jetzt auch ins Protokoll aufzunehmen, dass alle Protokolle entweder zensiert oder manipuliert worden seien oder unvollständig seien. Von EBM Wersch möchte er wissen was er dazu sage, dass die Käufer der Schulstraße damals verpflichtet worden seien, das Haus abzureißen und nun stelle sich heraus, dass es sich um das älteste Haus Biberachs handle. Von Baudezernent Kuhlmann möchte er wissen wie es sein könne, dass es beim Modehaus Kolesch ein Flachdach gebe und ob Gemeinderäte besondere Privilegien genossen. Letzte Woche sei er beim Bauamt zur Akteneinsicht gewesen und er habe OB Zeidler bereits geschrieben, dass es hierbei zu einem Riesenskandal gekommen sei. Komischerweise habe Amtsleiter Winter geantwortet, obwohl er ja befangen sei habe er gemeint, dass dies so nicht stimme. Die Akteneinsicht sei also unvollständig gewesen und er habe bis heute keine Antwort bekommen. Zumindest keine ernsthafte. Herr Winter habe lediglich eine Chronologie von irgendeinem Email-Verkehr aufgestellt, der überhaupt nichts zur Sache getan habe. Er habe einfach gefragt, weshalb BM Kuhlmann seinen Mitarbeiter anstifte, das Dokument als Entwurf zu deklarieren und damit zu verfälschen. Desweiteren habe er eine Kopie haben wollen, er habe Herrn Prof. Staudacher anrufen und BM Kuhlmann dazu holen müssen. Neben ihm zwei Mitarbeiter des Bauamts wie so halbstarke Securities, die ihn nicht hätten kopieren lassen. Dies sei einfach ein Verhalten, das einer Behörde nicht würdig sei. An OB Zeidler gerichtet teilt er mit, dass drei neue Unterlassungsklagen eingereicht worden seien. Er bitte ihn, dies diesmal auch durchzuziehen und nicht zurückzuziehen. Seit einem Jahr würden sie OB Zeidler vorwerfen, dem Ruf der Stadt Biberach massiv zu schaden und nun wolle er ernsthaft erneut vor das Landgericht ziehen und darüber diskutieren, ob seine Mitarbeiter Regina Krug, Anton Janik

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

und Brigitt Hoch eine Schande für Biberach seien. Er möchte wissen, ob OB Zeidler wirklich denke, dass die Stadt Biberach diesen Prozess gewinnen könne. Im Übrigen sei er noch nicht fertig.

OB Zeidler weist darauf hin, dass auch für Herrn Marco Magdalinos nun die Zeit ende. Er habe jetzt bereits vier Fragen gestellt und hiermit sei sein Beitrag nun beendet.

Herr Marco Magdalinos entgegnet, dass sein Beitrag nicht beendet sei, woraufhin OB Zeidler meint, dass wenn Herr Marco Magdalinos weiterreden möchte, er dies gerne draußen machen könne. Seine Zeit sei jetzt abgelaufen.

Herr Marco Magdalinos teilt mit, in einer Demokratie zu leben.

OB Zeidler bittet Herrn Marco Magdalinos, das Mikrofon zurückzugeben, woraufhin Herr Marco Magdalinos meint, dass er es ihm wegnehmen müsse. Er gebe es nicht freiwillig her.

Im Saal wird gelacht. OB Zeidler ruft Herrn Marco Magdalinos zur Ordnung. StR Mader meint, dass Herr Marco Magdalinos in den Kindergarten zurück solle. Herr Marco Magdalinos entgegnet, dass StR Mader in den Kindergarten zurück müsse.

Es ergibt sich ein kurzes Wortgefecht zwischen StR Mader und Herrn Marco Magdalinos. StR Mader meint, Herr Marco Magdalinos solle sich hinsetzen, Herr Marco Magdalinos weigert sich und teilt mit, dass dieser Vorgang im Protokoll festgehalten werden solle.

OB Zeidler teilt mit, dass er versuche, die Fragen von Herrn Marco Magdalinos zu beantworten. Herr Marco Magdalinos verhalte sich sehr undiszipliniert und habe ein bisschen ein flegelhaftes Verhalten. Es sei bemerkenswert, dass Herr Marco Magdalinos glaube, sich nicht an Regularien halten zu müssen. Er bitte Herrn Marco Magdalinos, nun einmal ruhig zu sein, er möchte ihm gerne antworten. Dass die Protokolle unvollständig seien sei nicht korrekt. Die Protokolle würden den rechtlichen Vorgaben entsprechen.

EBM Wersch erläutert, dass das Gebäude Schulstraße 26 zum Zeitpunkt der Gespräche mit Herrn Magdalinos keinen Denkmalstatus gehabt habe, trotz einer Begehung des Landesdenkmalamts. Insofern habe sich die Frage damals nicht gestellt.

Baubürgermeister Kuhlmann erklärt hinsichtlich des Flachdachs, dass er den genauen Sachverhalt nicht im Kopf habe und er nachschauen müsste. Das Zwischengebäude zwischen Radgasse 7 und dem Haus Kolesch sei als zweigeschossiges Flachdach realisiert worden. Er meine, dass der Bebauungsplan hier ein Satteldach vorsehe. Es sei ein erster Bauabschnitt realisiert worden, die Gesamtplanung sehe ein dreigeschossiges Satteldach vor. Den genauen Sachverhalt müsse er aber nachschauen. Wenn Herr Marco Magdalinos ihm seine Frage noch einmal zukommen lasse, werde er diese schriftlich beantworten. Zur Akteneinsicht bitte er Herrn Marco Magdalinos zur Kenntnis zu nehmen, dass ihm von Amtsleiter Winter ausführlich geantwortet worden sei. Dabei habe er klargestellt, dass die Darstellung der Akteneinsicht von Herrn Marco Magdalinos ganz klar nicht mit der Wahrnehmung der Angestellten übereinstimme. Er sage dies ganz neutral.

Herr Marco Magdalinos ruft dazwischen und wird von BM Kuhlmann gebeten, ihn ausreden zu lassen. BM Kuhlmann stellt noch einmal klar, dass er von dem Gespräch eine völlig andere Wahrnehmung hatte. Seine Mitarbeiter hätten sich aus seiner Sicht vorbildlich verhalten und die von

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Herrn Marco Magdalinos vorgetragene Verleumdungen seien nicht akzeptabel. Um solchen Missverständnissen vorzubeugen mache er Herrn Marco Magdalinos den Vorschlag, seine Fragen künftig schriftlich zu stellen, dann werde er auch eine schriftliche Antwort bekommen. Auf diese Weise könnten solche Interpretationsspielräume nicht mehr eröffnet werden.

OB Zeidler ergänzt, dass sich die letzte Frage von Herrn Marco Magdalinos auf die jüngsten Unterlassungsklagen bezogen habe. Dies sei richtig. Es gehe bei diesen Klagen in keinster Weise um die Bürgermeister der Stadt. Er wisse und wusste eigentlich schon immer, dass Bürgermeister eine "Nichtbeleidigungsfähigkeit" im Amt zu akzeptieren hätten, was von Herrn Marco Magdalinos rechtlich auch recht weit ausgedeutet werde. Gegen was er sich wehre ist, dass nachgeordnete Mitarbeiter und Sachbearbeiter des Baurechtsamtes von Herrn Magdalinos in gleicher Art und Weise diskreditiert, beleidigt und in den Schmutz gezogen werden, was öffentlich nachgelesen werden könne in Gebäuden in der Hindenburgstraße und auch im Internet. Dies müsse sich ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung seiner Rechtsauffassung nach nicht gefallen lassen. Bei den Bürgermeistern sei dies leider anders. Er habe auch die breiteste Brust, nicht was das Ergebnis anbelange, aber was den Schutz seiner Mitarbeiter betreffe, hier tätig zu werden. Auch der Personalrat der Stadtverwaltung habe ihn darum gebeten. Dies bitte er Herrn Magdalinos zu akzeptieren.

Es wird applaudiert.

TOP 2. Aushändigung Ehrennadel des Städtetags an Stadträtin Gabriele Kübler

OB Zeidler teilt mit, dass StRin Kübler diese Ehrung eigentlich in kleinerem Kreise und nichtöffentlich haben wollte. Er finde aber, völlig zu Unrecht, denn Engagement dürfe gewürdigt und gefeiert werden. Er glaube, dass StRin Kübler ihre politische Prägung auch ein wenig über das Engagement ihres verstorbenen Mannes mitbekommen habe. Sie habe in eine politisch sehr aktive Familie eingehiratet und ihr 1989 verstorbener Schwiegervater sei 1988 ebenfalls für zwei Jahrzehnte Gemeinderatstätigkeit ausgezeichnet worden. Auch er habe der SPD-Fraktion angehört. 1994 sei StRin Kübler in die SPD eingetreten und habe sich gleich im Kommunalwahlkampf engagiert. Im November 1997 sei sie für Horst Heitmann in den Gemeinderat nachgerückt und mit nun 20 Jahren sei sie so lange im Gemeinderat aktiv wie kaum eine Frau vor ihr. Sie ziehe heute gleich mit Anneliese Förg von den Freien Wählern. Nur noch vor ihr sei die 2015 verstorbene Dr. Erika Frank-Teßmann, die 1956 als erste Frau in den Biberacher Gemeinderat gewählt worden war und dem Gremium bis 1994, also 28 Jahre lang, angehörte. StRin Kübler gehöre damit auf jeden Fall zu den Frauen der Biberacher Stadtgeschichte, die dem Gemeinderat am längsten angehörten. In den Jahren 2000 bis 2004 sei sie zudem Vorsitzende des SPD-Ortsvereins gewesen, zuvor habe sie dieses Amt ein Jahr lang kommissarisch geleitet. Als politischen Traum habe sie einmal angegeben, eine SPD-Mehrheit im Rathaus. Er selbst wünsche sich, dass keine politische Gruppierung über eine Mehrheit verfüge. Im Sinne des demokratischen Entscheidungsprozesses halte er es so, wie es ist, für gut. Die Wahlergebnisse von StRin Kübler seien immer grandios gewesen und konnten kontinuierlich verbessert werden. Seit 2003 sei sie Vorsitzende der SPD-Fraktion und damit die dienstälteste Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat. Im Gemeinderatsranking insgesamt sei nur noch StR Keil vor ihr. Auch an anderen Stellen sei sie ehrenamtlich aktiv. Sie sei unter anderem stellvertretende Vorsitzende von Jugend Aktiv, im Stiftungsrat der gemeinschaftlichen Kirchenpflege, Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt im Kreisverband Biberach und seit 2014 auch Mitglied im Kreistag. Seit März 2016 sei sie zudem Vorsitzende des Sozialverbands VdK im Ortsverein Biberach und auch als Schöffin am Amtsgericht sei sie bereits tätig gewesen. Er danke StRin Kübler von Herzen, dass sie sich so engagiere, aber auch dafür, wie sie sich engagiere. Sie sei sehr präsent, offen, zugänglich, bürgernah, verbindend und sympathisch. Er gratuliere ihr herzlich zu der Auszeichnung.

Es wird applaudiert.

StRin Kübler bedankt sich für die Auszeichnung. Die Gemeinderatsarbeit mache zum großen Teil viel Freude. Es gebe sicherlich manche Sitzungen, die nicht vergnügungssteuerpflichtig seien, aber sie könne nur empfehlen, sich für die Kommunalwahl aufstellen zu lassen, denn man brauche diese Menschen.

Es wird applaudiert.

TOP 3. Stadtteilhaus Gaisental e.V. - Antrag auf Weitergewährung der 2017/213/1
Betriebskosten- und Projektkostenzuschüsse sowie auf Erhöhung
des Personalkostenzuschusses

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 2017/213/1 zur Beschlussfassung vor.

StR Schmogro erklärt, dass man immer ein besonderes Augenmerk auf die Binnenstruktur der Ortsteile lege. Die Frage sei, ob man in gleichem Maße auch die Stadtteile im Blick habe. Man wolle nicht, dass sich das Gaisental und Fünf Linden zu Stadtteilen mit einer ungünstigen Eigendynamik und Mikroghettos entwickeln. Dafür, dass dies nicht der Fall ist, sei auch das Stadtteilhaus mitverantwortlich, das sehr wertvolle Arbeit leiste. Die CDU-Fraktion stimme daher allen Punkten zu. Die Vereinheitlichung in der Förderpraxis von Betriebskosten- und Projektkostenzuschuss begrüße er, da dies zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung führe. Für unabdingbar halte er die Eingruppierung von Mitarbeitern bei der Stadtverwaltung und beim Verein nach einheitlichen Kriterien. Der Stadtteilverein sei eine ehrenamtliche Initiative und habe zum Ziel, weitere Ehrenamtliche zu aktivieren. Auf Seite 2 heiße es nun, dass der Wegfall von ehrenamtlichen Mitarbeitern durch Hauptamtliche ersetzt werden müsse. Dies lasse doch etwas aufhorchen und er stelle sich daher die Frage, ob dies bereits der Anfang vom Ende der Ehrenamtsarbeit sei und wie man versuche, neue Ehrenamtliche zu akquirieren. Desweiteren heiße es im Vereinsbericht auf Seite 5, dass mit der Neuausrichtung des Stadtteilhauses als Mehrgenerationenhaus die Gemeinwesenarbeit weggefallen sei. Hier wüsste er gerne, wie dies zu verstehen sei und ob sich der Verein auch hier von seiner ursprünglich mit der Stadt vereinbarten Zielsetzung der Aktivierung und Mobilisierung der Bürger verabschiedet habe.

StR Dr. Metzger führt aus, dass er selbst seit fast 20 Jahren im Gaisental lebe. Der Stadtteilverein sei ein wichtiger Verein in einem Stadtteil, der viele Jahre als Brennpunkt gegolten habe. Er habe schon den Eindruck, dass sich Fragen der Integration und des Zusammenlebens dort etwas schärfer stellen als in manch anderen Stadtteilen, aber die Situation insgesamt doch entspannt sei. Dies sei auch der Verdienst der Trägervereins mit seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern. Die Tätigkeitsberichte würden ein buntes Bild davon zeichnen, was der Verein leiste. Auch die SPD werde der Vorlage zustimmen. Er sei aber nach wie vor der Ansicht, dass die Stelle der Hausleitung derzeit unterbewertet ist und die Stadt den Weg der Eingruppierung in E11 mitgehen müsse, um qualifizierte Mitarbeiter bekommen und halten zu können. Andere Hausleitungsstellen die er kenne, seien bereits jetzt nach E11 eingruppiert. Die Annahme, dass Menschen mit sozialen Studienabschlüssen dauerhaft mit weniger zufrieden seien als Menschen mit technischen Studienabschlüssen habe mit Sicherheit keine Zukunft.

Auch StRin Goeth meint, dass das Gaisental und Fünf Linden ein besonderer Stadtteil sei. Es würden hier viele Migranten leben. Bei deren Integration leiste der Stadtteilverein eine gute und wertvolle Arbeit. Die Einbeziehung vieler Ehrenamtlicher trägt zu einer hohen Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil bei. Inzwischen seien neue Aufgaben hinzugekommen und als Mehrgenerationenhaus trage das Stadtteilhaus dem demographischen Wandel Rechnung, indem nun vermehrt auch Angebote für ältere Menschen gemacht würden. Mittlerweile würden Senioren aus dem ganzen Stadtgebiet die Angebote des Vereins wahrnehmen und die Arbeit erfolge mit hoher Professionalität. Dies alles habe seinen Preis, einen Preis, den der Verein allein nicht schultern könne und deshalb steuere die Stadt ganz erhebliche Zuschüsse bei. Diese Zuschüsse

müssten immer wieder angepasst werden. Den Antrag der Freien Wähler, den Betriebskostenzuschuss auf 30.000 Euro zu erhöhen, hätten die anderen Fraktionen im Hauptausschuss mittragen können und auch der Personalkostenzuschuss werde erhöht. Die Freien Wähler stimmen allen Beschlussanträgen gerne zu.

StRin Hölz schließt sich dem Lob an und wünscht dem Verein weiterhin viel Erfolg, ebenso StR Funk.

StR Heidenreich weist darauf hin, dass die Stadt eigentlich 80 Prozent des Betriebskostenzuschusses tragen müsse, sich der städtische Anteil aber seit Jahren zwischen 60 und 70 Prozent bewege. Der Zuschuss hätte eigentlich höher ausfallen müssen. Wenn man bedenke, dass im Stadtteil rund 7000 Menschen leben, dann entspräche der Zuschuss gerade einmal 15 Euro pro Person und Jahr. Hier wäre mehr drin und auch mehr nötig gewesen.

OB Zeidler erwidert, dass der Stadtteil Gaisental der einzige Stadtteil sei mit einem Stadtteilhaus. Ihm sei auch nicht bekannt, dass andere Stadtteile vergleichbar unterstützt würden.

Herr Schiro berichtet, dass er seit fünf Jahren Vorsitzender des Vereins sei. Leider wollten sich viele ehrenamtliche Mitarbeiter nicht dauerhaft engagieren. Prinzipiell könne man Menschen nur über die persönliche Ansprache zur ehrenamtlichen Mitarbeit bewegen. Er wäre dankbar, wenn auch einmal der Gemeinderat auf den Verein und die Mitarbeiter zukäme. Der Verein freue sich über die Zuschüsse und versuche, die Gehaltsdifferenz bei der Hausleitungsstelle auszugleichen. Ein Problem bei der Gewährung von Zuschüssen sei, dass viele potentielle private Geldgeber erst einmal fragen würden, ob die Stadt ebenfalls unterstütze. Die Stadt unterstütze den Verein zwar, aber etwas mehr wäre nicht schlecht. Er möchte auch gleich ankündigen, dass der Verein nächstes Jahr die Eingruppierung der Hausleitungsstelle in E11 beantragen werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Betriebskostenzuschuss wird ab dem Jahr 2018 von 27.000 €/ Jahr auf maximal 30.000 €/ Jahr erhöht und befristet für drei Jahre (2018 bis 2020) gewährt.**
- 2. Der Projektkostenzuschuss von 24.000 €/ Jahr wird weiterhin in dieser Höhe, befristet für drei Jahre (2018 bis 2020), gewährt.**
- 3. Der Gemeinderat stimmt der Finanzierung der Hausleitungsstelle in E 10 im Umfang von 50 % rückwirkend zum 01.01.2017 zu. Der Personalkostenzuschuss wird weiterhin spitz abgerechnet.**
- 4. Ab 2019 werden die angepassten Zuschussbeträge jährlich auf HHST 1.4800.701000 bereitgestellt.**

TOP 4. Fortsetzung des Cateringkonzepts der Stadthalle Biberach 2017/218

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/218 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 05.12.2017.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Das Cateringkonzept wird in der bisherigen Form weitergeführt.**
- 2. Die hierfür befristet geschaffenen 2,0 Personalstellen werden entfristet.**
- 3. Der Personalpool wird um 0,5 Personalstellen aufgestockt.**
- 4. Die entstehenden Personalkosten für bis zu 2,5 Stellen werden aus dem Kulturbudget getragen und jeweils zum Jahresende spitz abgerechnet.**
- 5. Der Sperrvermerk auf HHST 2.8400.935100 -Erweiterung der städtischen Telefonanlage (nur Mobiltelefone Stadt) für den Gastronomiebereich- wird aufgehoben.**

TOP 5. Einrichtung einer Grundbucheinsichtsstelle

2017/208

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/208 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 14.12.2017.

StR Walter bekundet seine Zustimmung. Die Einrichtung einer Grundbucheinsichtsstelle sei ein Service für die Bürger und auch ökologisch sinnvoll.

StRin Kübler und StR Hummler schließen sich ihrem Vorredner an.

StR Funk stellt klar, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Es müsse dafür eine halbe Stelle geschaffen werden und damit sei er nicht einverstanden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Funk, Braig und Dr. Weigele) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Grundbucheinsichtsstelle bei der Stadt Biberach rückwirkend zum 19.06.2017 zu.

**TOP 6. Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS
Ergebnis Mehrfachbeauftragung und
Beauftragung von Architektenleistungen**

2017/221

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2017/221 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 07.12.2017.

Baudezernent Kuhlmann erläutert zunächst, worum es beim ITZ Plus gehe und stellt dann anhand der in **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügten Präsentation die verschiedenen Entwürfe vor. Er erklärt, dass es sich beim ITZ Plus um ein Forschungslabor handele, in dem Forscher der Hochschule und Start-Ups gemeinsam an wichtigen Themen der Energie- und Gebäudetechnik sowie Biotechnologie forschen und entwickeln. Dies soll in einem Gebäude zusammengeführt werden. Wichtig hierbei sei, dass die Beteiligten gemeinsam an Projekten arbeiten sollen und auch die interessierte Öffentlichkeit solle in diese Prozesse mit einbezogen werden. Ebenso dazu gehöre der Transformator. Dieser habe die Aufgabe, die Arbeit der verschiedenen Fachbereiche zu übertragen und eine kreative Spannung zu erzeugen. In einer Mehrfachbeauftragung mit fünf Architekturbüros, die zuvor EU-weit ausgeschrieben wurde, sei versucht worden, für diese Idee des Transformators Lösungen zu erarbeiten. Bei den ersten drei in der Präsentation dargestellten Entwürfen sei man sich bereits in der ersten Runde einig gewesen, diese nicht weiter zu verfolgen, was vor allem auf Kosten- und Funktionsgründe zurückzuführen war. Der Entwurf von Braunger Wörtz Architekten habe zunächst im Hinblick auf die Funktion und die Wirtschaftlichkeit überzeugt. Aber die räumliche Zusammenführung von Forschern, Gründern und Öffentlichkeit sei bei diesem Entwurf baulich noch nicht optimal gelöst worden. Man habe daher das Büro darum gebeten, die Idee des Transformators besser herauszuarbeiten. Dasselbe habe für den Entwurf von Deubzer König + Rimmel Architekten gegolten. Bei diesem seien auch die Verkehrsflächen und die Kosten überschritten worden. Beide Entwürfe seien daher überarbeitet worden. Hierbei habe man festgestellt, dass der Entwurf von Braunger Wörtz Architekten im Hinblick auf die Funktionalität eine Vielzahl von Restriktionen aufwies, die nicht mehr weiter zu optimieren waren. So sei beispielsweise die Erweiterbarkeit nur sehr eingeschränkt möglich gewesen. Die Arbeit von Deubzer König + Rimmel Architekten hingegen haben die Änderungswünsche hervorragend aufgenommen und umgesetzt. Es sei gelungen, einen vertikalen Raum zu schaffen, der die Transformatorfunktion übernehmen könne. Das Gebäude sei etwas verkleinert und daher in der Wirtschaftlichkeit verbessert worden. Auch gebe es optimale Möglichkeiten der Erweiterbarkeit. Zudem sei für das Gremium auch entscheidend gewesen, dass mit dem Gebäude ein Leuchtturm kreiert werde. Dies scheine mit dem Erscheinungsbild des Gebäudes in idealer Weise zu gelingen. Das Gebäude funktioniere als Eyecatcher und auch die Funktionalität sei gegeben. Es gebe nur noch ein Problem zu lösen und dies seien die Kosten. Zielgröße seien 12,5 Millionen Euro gewesen und der Entwurf liege bei deutlich über 14 Millionen Euro und daran müsse man noch arbeiten. Es gebe auch Optionen, mit denen man das Ziel von 12,5 Millionen Euro erreichen könne ohne die Qualität des Entwurfes im Grundsätzlichen zu gefährden. Die Verwaltung empfehle daher, diesen Entwurf weiterzuverfolgen. Im nächsten Jahr würde dann eine Kostenberechnung vorgelegt. Der Bauausschuss habe eine einstimmige Empfehlung für diesen Entwurf ausgesprochen.

StR Kolesch bringt seine Freude über das Projekt zum Ausdruck. Die Stadt erhalte insgesamt rund 7 Millionen Euro Zuschuss, was sehr ordentlich sei. Es sei ein sehr intensives Verfahren gewesen, bei dem ein optimales Ergebnis gefunden wurde. Besonders gut sei die Erweiterbarkeit des Entwurfs und er erhoffe sich von dem Projekt auch eine Art Sogwirkung, so dass man vielleicht wirklich einmal über eine Erweiterung nachdenken müsse. Man tue mit dem Projekt etwas für die Hochschule, für junge, innovative Unternehmen und über den Transformator werde auch die Bürgerschaft mitgenommen. Insofern sei es ein Projekt, von dem Jeder etwas habe. Er gehe davon

aus, dass auch die energetische Situation später optimal sein werde. Vielleicht könne man noch etwas an den Kosten machen, wobei der Grundentwurf aber beibehalten werden solle. Die CDU-Fraktion stimme gerne zu.

StR Keil verweist darauf, dass sich alle Beteiligten für diesen Entwurf ausgesprochen haben. Nun gehe es um die Optimierung des Gebäudes. Die SPD danke der Stadt und insbesondere EBM Wersch, der die Fördermittel der EU für die Stadt ermöglicht habe. Es sei auch festzuhalten, dass bei diesem Projekt verschiedene politische Ebenen zusammenarbeiten und gemeinsam etwas Tolles möglich machen.

StR Heinkele meint, dass sich die bisherigen guten Erfahrungen mit Mehrfachbeauftragungen auch bei diesem Leuchtturmprojekt wieder bestätigt hätten. Entscheidend sei gewesen, dass man den Büros immer wieder Signale gegeben habe, wie es weitergehen könnte. Im September habe sich die Jury dafür ausgesprochen, zwei Büros die Chance zu geben, ihre Entwürfe weiter zu bearbeiten und nun sei noch ein Entwurf übrig geblieben. Leider seien die Kosten um 2,7 Millionen Euro überschritten worden, was voll zu Lasten der Stadt Biberach gehe.

StR Weber führt aus, dass man mit diesem Gebäude dem Hochschulstandort Biberach wieder etwas näher komme. Der Entwurf sei durch eine kompetente Jury ausgewählt worden und er stehe was die Gestaltung anbelange wirklich heraus. Die schöne Form des Daches passe sich dem Rißtal gut an. Die Kosten seien zwar hoch, aber die Stadt bekomme auch einen hohen Zuschuss.

StR Braig erinnert daran, dass die FDP das Projekt in der Vergangenheit immer sehr zurückhaltend begleitet habe. Damals sei es in sehr blumiger Sprache umschrieben worden. Die Kosten seien um rund 25 Prozent überschritten und EBM Wersch habe zurecht angemahnt, dass hier etwas getan werden müsse. Die FDP hoffe, dass aus dem Leuchtturmprojekt kein Turmbau zu Babel werde und enthalte sich.

StR Heidenreich bezeichnet das Design des Gebäudes als zweifelhaft. Ein so geschwungenes Dach halte er für schwierig. Zudem habe er im Hinblick auf die Gentechnologie Bedenken bezüglich der Sicherheit. Er beharre darauf, dass es wichtig sei, die Labors zu schützen.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass es sich um Biotechnologie handele und nicht um Gentechnologie.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 4 Enthaltungen (StRe Funk, Braig, Dr. Weigle und Heidenreich) folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabeverhandlungen für die Architektenleistungen ITZ+ mit dem Ziel abzuschließen, den von der Jury einstimmig empfohlenen Entwurf der Architekten Deubzer König + Rimmel zu realisieren und einen entsprechenden Architektenvertrag abzuschließen.

Es wird ein Stufenvertrag abgeschlossen, der zunächst die Leistungsphasen bis 3 (Entwurfsplanung und Kostenberechnung) umfasst.

**TOP 7. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung 2017/219
(Abwassersatzung - AbwS
- Fortschreibung der Globalberechnung und Festsetzung des Abwasserbeitrags**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/219 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 07.12.2017.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass es bei den heutigen Punkten einmal um die Satzungsänderung der Abwasserbeiträge und zum anderen um die Neufestsetzung der Gebühren zur Abwasserentsorgung von Kleinkläranlagen und offenen Gruben gehe. Er würde seine Einführung gerne zusammenfassen, da beides Systeme seien, die das Abwasser- und Kanalnetz finanzieren. Bei der Abwasserbeseitigung spreche man von Gebühren, die alle drei bis vier Jahre neu festgelegt werden. Und es gebe die Beiträge, die Grundstückseigentümer bezahlen müssen, wenn sie ein Grundstück an das Kanalnetz anschließen. Auch bei Neubaugebieten würden diese Beiträge fällig werden, wenn das Grundstück bei der Stadt gekauft wird. Es gehe also um zwei unterschiedliche Sachverhalte, die hier behandelt werden. Die Beiträge müssen aber eine saubere Kalkulationsgrundlage haben. Bisher seien die Beiträge auf Basis einer Globalberechnung aus dem Jahr 1989 kalkuliert worden, die 1995 fortgeschrieben wurde. Die Zahlen, die heute zugrunde gelegt werden gehen somit auf das Jahr 1996 zurück. Wichtig sei zu wissen, was sich letztlich hinter diesen Beiträgen verberge. Einfließen würden alle bisher erschlossenen Grundstücke, alle absehbar zu erschließenden Gebiete, alle bisher geleisteten Investitionen in das Kanalnetz und die zu erwartenden Investitionen für die neu zu erschließenden Gebiete. Für die Berechnung sei die Firma Comuna beauftragt worden. Diese habe auf Basis der geleisteten sowie der künftigen Investitionen einen Preis pro Quadratmeter ermittelt. Bisher sei für den Anschluss an das öffentliche Kanalnetz 3,32 Euro verlangt worden. Dieser Beitrag müsse nun auf 4,75 Euro erhöht werden. Der Beitrag für den Anschluss an die Kläranlage werde von 1,18 Euro auf 1,65 Euro erhöht. Die Erhöhungen lassen sich schnell erklären, wenn man sich die dynamische Entwicklung der Stadt vor Augen halte. Zum einen gebe es neue Erschließungen und zum anderen Kostensteigerungen im Bereich Tiefbau. All diese fließen in diese Berechnungen mit ein. Die Beiträge würden aber nicht rückwirkend erhoben, sondern für neue Gebiete. Insgesamt werde der Gebührenzahler nicht höher belastet, denn dieser zahle sowohl die Gebühr, als auch den Beitrag. Das Gesamtniveau bleibe im Verhältnis gleich. Es werde also letztlich nur die Zuordnung ausgeglichen. Dies sei notwendig geworden, da für die Rechtsgültigkeit der Gebührensatzung eine regelmäßig durchgeführte Globalberechnung sowie die Überprüfung der Beiträge erforderlich ist. Beim nächsten Tagesordnungspunkt sei es einfacher. Hier gehe es um die Gebühren für Liegenschaften, die nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind. Aktuell gebe es 14 Gruben, die entleert werden sowie sechs Kleinkläranlagen. Es gehe damit nur um einen sehr kleine Gruppe von Grundstückseigentümern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der COMUNA GmbH in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach fortgeschriebenen Globalberechnung mit Stand vom 16.11.2017 (Anlage 2 zu**

Drucksache Nr. 2017/219) mit den darin enthaltenen Prognose- und Ermessensentscheidungen (Anlage 1 zu Drucksache Nr. 2017/219) wird zugestimmt.

- 2. Der Abwasserbeitrag wird in der Abwassersatzung wie folgt festgesetzt:**

Teilbeiträge je m² Nutzungsfläche für:

den öffentlichen Abwasserkanal	4,75 €
die mechanisch-biologische Kläranlage	1,65 €

- 3. Es wird die beigefügte Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung-AbwS) vom 14. Mai 1990, zuletzt geändert am 19. Dezember 2016, beschlossen (Anlage 3 zu Drucksache Nr. 2017/219).**

**TOP 8. Neufestsetzung der Gebühren für die Entsorgung des Abwassers 2017/220
aus geschlossenen Gruben und Kleinkläranlagen**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 2017/220 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 07.12.2017.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der Verwaltung erstellten Gebührenkalkulation der dezentralen Abwasserbeseitigung für die Entsorgung von geschlossenen Gruben und Kleinkläranlagen für die Kalkulationsperiode 2018 - 2020 mit den darin enthaltenen Ansätzen und Kostenermittlungen wird zugestimmt.**

Hierbei handelt es sich insbesondere um folgende Festlegungen:

- **Es wird eine 3-jährige Kalkulationsperiode für die Jahre 2018 - 2020 gewählt.**
- **Der Verwaltungskostenbeitrag wird mit einem Zeitanteil von 40 Minuten für die Bearbeitung angesetzt.**
- **Bei den geschlossenen Gruben werden die Überdeckung aus dem Jahr 2012 und die Unterdeckungen aus den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016 miteinander verrechnet. Die Unterdeckung aus diesem 5-Jahres-Zeitraum in Höhe von 1.142,84 € wird in die Vorkalkulation für die Jahre 2018 - 2020 eingestellt.**
- **Bei den Kleinkläranlagen wird die Unterdeckung aus dem Jahr 2012 mit der Überdeckung aus dem Jahr 2014 verrechnet. Die verbleibende Überdeckung in Höhe von 72,05 € wird in die Vorkalkulation für die Jahre 2018 - 2020 eingestellt.**
- **Die Erhebung der Gebühr ab 2018 erfolgt kostendeckend.**

- 2. Die Gebühren werden in der Entsorgungssatzung wie folgt festgesetzt:**

Die Gebühr beträgt

bei geschlossenen Gruben pro m³ Abwasser	29,30 €
bei Kleinkläranlagen pro m³ Schlamm	58,20 €

- 3. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung – EntsS) wird wie in der Anlage dargestellt beschlossen.**

TOP 9. Haushaltsplan 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach 2017/227

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/227 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 07.12.2017. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2018, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Baudezernent Kuhlmann führt aus, dass es sich wieder um ein umfangreiches Werk handele. Mit mehreren Neubaugebieten sei die Stadtentwässerung ein sehr dynamischer Bereich, was sich auch im Haushaltsplan widerspiegele. Auch der Anteil Biberachs an der Kläranlage des Abwasserzweckverbands sei in den Haushaltsplan mit eingeflossen. Hier habe es Kostensteigerungen und zeitliche Verzögerungen gegeben. Bei der nächsten Gebührekalkulation, die ab 2020 greifen werde, werde man voraussichtlich nicht von höheren Gebühren ausgehen müssen. So wie es sich aktuell darstelle, werde das Niveau gehalten oder die Gebühren vielleicht sogar gesenkt werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2018 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **ERGEBNISHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	6.221.000 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	-6.221.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0 €
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0 €
Veranschlagtes Sonderergebnis	0 €
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0 €

2. im **FINANZHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.960.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.885.000 €
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.075.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	500.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.307.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.807.000 €

Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-2.732.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.850.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.118.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.732.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	0 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 3.850.000 €.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 2.980.000 €.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

TOP 10. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach 2017/225

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/225 zur Beschlussfassung vor.

StR Pfender führt aus, dass die Prüfung des Rechnungsprüfungsamts keine Beanstandungen ergeben habe. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage daher gerne zustimmen. Er danke der Wieland-Stiftung sowie der Wieland-Gesellschaft für die geleistete Arbeit und dem Gemeinderat für die Aufstockung der Geschäftsführerstelle auf 100 Prozent. Er freue sich bereits auf künftige Veranstaltungen.

StR Keil ergänzt, dass es zwar keine Zustiftungen, aber Spenden an die Stiftung gegeben habe. Dies zeige, dass die Arbeit der Stiftung in der Bevölkerung ankomme.

Auch StRin Gutermann sieht die Stiftung auf gutem Weg, mit Leben gefüllt zu werden.

StR Dr. Wilhelm bekundet ebenfalls seine Zustimmung und möchte wissen, ob es in der Zwischenzeit nochmals Spenden oder Zustiftungen gegeben habe.

StR Dr. Weigle meint, dass das letzte Jahr unnötig schwierig für die Stiftung gewesen sei, weil die Trennung der Aufgaben von Gemeinderat und Kuratorium nicht ganz klar gewesen sei. Heute gehe es allein darum, die ordnungsmäßige Richtigkeit der Mittelverwendung durch die Stiftung festzustellen. Die Entscheidungen selbst über die Maßgaben seien klar nach der Satzung zwischen Vorstand und Kuratorium gemäß der Satzung aufzuteilen. Aus diesem Grund sei es für die Zukunft sinnvoll, diesbezüglich sensibel und entsprechend kompetent die Aufgaben in Zukunft anzupacken wenn es wieder darum gehe, wichtige Entscheidungen in der Stiftung zu treffen. In der Stiftung werde hervorragende Arbeit geleistet und es seien immerhin zehn Millionen Euro in dieser Stiftung gebunden, die eigenverantwortlich von Kuratorium und Vorstand zu verantworten seien. Hierzu gehöre natürlich auch die inhaltliche Arbeit, für die er heute großen Dank ausspreche. Dieser gelte vor allem der Geschäftsführung Frau Bönsch.

Die Geschäftsführerin der Wieland-Stiftung, Frau Bönsch, erklärt, dass es keine Zustiftung gegeben habe, aber eine Großspende in Höhe von 10.000 Euro von der Wieland-Gesellschaft. Momentan sei es auch so, dass Spenden der Stiftung weiter helfen würden als Zustiftungen, da man mit Spenden flexibler operieren könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2016 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird festgestellt.**
- 2. Die Geschäftsführung wird entlastet (§ 16 EigBG).**

TOP 11. Änderung der Verzinsung bei den zweckgebundenen Rücklagen für Pensionen und Beihilfen ab 01.01.2017 2017/212

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/212 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 04.12.2017.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der interne Zinssatz zur Berechnung der zweckgebundenen Rücklagen für Pensionen und Beihilfen wird bis auf weiteres von bisher 2,5 % rückwirkend ab 01.01.2017 auf 1,5 % abgesenkt.**
- 2. Den überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2017 in Höhe von 6,34 Mio. € auf der Haushaltsstelle „Zuführung an zweckgebundene Rücklage“ wird zugestimmt. Die Deckung ist durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer des Jahres 2017 gewährleistet.**

**TOP 12. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das 2017/228
Haushaltsjahr 2018 - Änderungen des Entwurfs und endgültige
Festsetzung**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2017/228 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2018, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Zeidler verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Zeidler äußert sich wie folgt: "Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Vertreter der Medien, 28 Tage, zahlreiche Fraktionssitzungen und Klausuren, mehrere Dezernentenkonferenzen, drei Gremiensitzungen zur Vorberatung und eine Unmenge an Listen mit beantworteten Haushaltsanträgen sind seit der 1. Lesung des Haushaltsplans 2018 am 20. November in Mettenberg vergangen. Ich freue mich, dass wir gemeinsam ein, wie ich finde, innovatives und gleichzeitig finanziell solides Werk auf den Weg gebracht haben, mit dem wir Biberach weiterhin in eine gute Zukunft führen können. Wurden die Beratungen früher kurz vor der Tiefschlafphase inmitten der Nacht beendet, haben wir das jetzt in Rekordzeiten (1:10 Stunden im Bauausschuss und 1:20 Stunden im Hauptausschuss) erledigt.

Bedanken möchte ich mich bei Ihnen allen für die Dynamik dieser Beratungen und das, wie ich glaube, hervorragende Ergebnis. Meinen ganz besonderen Dank möchte ich Ihnen dafür aussprechen, dass wir einige wichtige neue Stellen innerhalb der Verwaltung neu schaffen können, die wir mittelfristig eventuell auch durch KW-Vermerke kompensieren können. Aber das ist zum Teil noch ordentliche Zukunftsmusik, das müssen wir uns dann noch im Einzelfall anschauen. Dies ist ein positives und motivierendes Zeichen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es macht deutlich, dass Sie die vielen Aufgaben und die gute Arbeit, die geleistet wird, sehen, wertschätzen und uns da stützen.

Sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger als auch unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung können wir in 2018 einiges bewegen. Wir werden gemeinsam beschließen, die Gewerbesteuer auf 300 Prozentpunkte zu senken, was auch unserem Vorschlag entsprach. Dabei war es für uns von Anfang an unstrittig, dass aufgrund der guten Wirtschaftslage auch für die Bürgerinnen und Bürger etwas getan werden muss und auch getan werden wird. Diesen Ball haben wir gerne und bewusst Ihnen überlassen. Wie in Ihren Sommerinterviews ja bereits angekündigt, stand da einiges an Ideen im Raum: freies Kindergartenjahr, Ermäßigungen oder kostenfreier ÖPNV, oder erneute Senkung der Grundsteuer. Man hat sich für letzteres entschieden und ich bin überzeugt, dass wir mit der nun beschlossenen Senkung der Grundsteuer A und B von 250 auf 200 Punkte eine gute Lösung gefunden haben, die nahezu allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu Gute kommt.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zahlreiche interessante Anträge von Ihnen eingegangen: Den Antrag, das Wasser durch einen Rückkauf der Rechte wieder ganz in städtische Hand zu bringen, halte ich für wichtig. Hier werden wir einen langen Atem brauchen und wir werden sehen, wie die Verhandlungen mit der EnBW laufen werden. Ich sehe es aber als

kommunale Daueraufgabe, das wieder dominiert in kommunale Hände zu bringen. Ich persönlich kann auch dem Antrag, den Marktplatz zur Einbahnstraße zu machen, viel positives abgewinnen. Wir reduzieren den Parksuchverkehr und gleichzeitig wird die Verkehrslage auf unserem zentralen Innenstadtplatz deutlich übersichtlicher und ich glaube auch sicherer.

Auch die Anträge zur Aufwertung der Stadtbierhalle, gerade um auch bewusst in den Werteerhalt in der Stadt zu investieren, zur Ausweitung der Ermäßigungen des Stadtpasses auf Stadtführungen, für Fahrradstellplätze im Bereich des Hafemarkts, für ein Konzept zu alternativen Bestattungsformen auch in den Teilorten, um nur einige wenige herauszugreifen, bringen wirkliche Verbesserungen für unsere Bürgerschaft und es lohnt sich für uns alle, an diesen Dingen dran zu bleiben.

Zum Schluss möchte ich noch einige Stichworte aufzählen: ITZ Plus, IGI Rißtal, Digitalisierung, Maliturnhalle mit flexibel nutzbarer Gymnastikhalle, Markenbildungsprozess, neues ÖPNV Konzept, Tunnel Ulmer Straße, Nahwärmekonzept Rißegg und Innenstadt, Erneuerung Nahwärmezentrale Memelstraße in Kooperation mit dem Hospital, E-Mobilitätskonzept, Kindergarten Hauderboschen mit innovativem Konzept für Kinder von 1-6 Jahren in einer Gruppe, Dorfgemeinschaftshaus in Rissegg etc.

Diesen Haushalt und damit auch unsere Arbeit als träge, visionslos und ideenlos zu bezeichnen fand ich der Schlagzahl dieser Verwaltung und dem Einsatz der Führungsmannschaft gegenüber als schlichtweg falsch und nicht fair. Dass dann als erstes Visionsprojekt das ITZ genannt wurde war dann irgendwie die Krönung, denn dieses Projekt kommt gedanklich zu 100 % aus der Verwaltung. Aber ich denke, dass ich da heute eine andere Einsicht hören durfte. Wer trotzdem immer noch Zweifel an der Leistungsfähigkeit, Dynamik und Innovationskraft der Verwaltung hat, dem sollten die vorhin genannten Stichworte aus dem Entwurf des Haushaltsplans zumindest einmal zum Nachdenken gereichen.

Es ist ein gewaltiges Werk, das die Verwaltung auf die Beine gestellt hat, das Sie alle mit Anträgen ergänzt haben und wir heute gemeinsam beschließen werden. Ich danke Ihnen allen für die hervorragende Zusammenarbeit und freue mich auf unser weiteres gemeinsames Wirken für die Stadt Biberach, auch 2018 wird dynamisch, fordernd und anstrengend werden - machen wir uns da nichts vor. Bis dahin haben wir nun aber alle etwas Ruhe und auch Abstand von der Stadtpolitik und vielleicht auch voneinander verdient. Herzlichen Dank für Ihr Zuhören!

EBM Wersch informiert anhand der als **Anlage 2** beigefügten Präsentation über die Rahmendaten des Haushalts 2018 sowie die Veränderungen, die sich seit Einbringung des Haushalts ergeben haben. Das Volumen des Gesamthaushalts sei noch einmal gestiegen auf rund 245,5 Millionen Euro. Dies sei eine Erhöhung, allerdings keine Verbesserung. Beim Kindergartenlastenausgleich habe man ein Minus von 205.000 Euro zu verzeichnen. Diese Zahlen hätten zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts noch nicht vorgelegen. Zudem habe man aufgrund der Beschlüsse des Gemeinderats die Senkung der Grundsteuer A und B mit einkalkuliert. Insgesamt komme man daher auf Mindereinnahmen gegenüber der Einbringung in Höhe von rund einer Million Euro. Auf der Ausgabenseite gebe es bei zwei Stellen eine Verbesserung. Die FAG-Umlage sinke leicht, was 127.000 Euro bringe. Auch die Kreisumlage sinke, sodass insgesamt rund 1,1 Millionen Euro eingespart werden können. Allerdings gebe es auch Ausgaben, die dagegen gebucht werden müssten. So sei unter anderem die Gewerbesteuerumlage gestiegen. Für erste Projekte im Rahmen des ITZ seien 96.000 Euro eingeplant worden und auch die Heimatpflege stehe mit dem Brunnen im

Spitalhof mit 265.000 Euro zu Buche. Diese Mittel seien aber natürlich noch mit einem Sperrvermerk versehen. Ein gewichtiger Punkt seien auch die Zuschüsse für die Kleinkindbetreuung. Hier müsse man bis zum Jahr 2009 zurück rund drei Millionen Euro nachfinanzieren. Insgesamt habe man somit Mehrausgaben von rund 2,5 Millionen Euro, wodurch der Verwaltungshaushalt um 3,5 Millionen Euro schlechter abschließe als ursprünglich eingebracht. Im Vermögenshaushalt habe man auf der Einnahmeseite zunächst eine Verbesserung bei den Zuschüssen des Landes für die Kindergärten Talfeld und Rißegg in Höhe von 127.000 Euro. Mit den geringeren Zuführungen aus dem Verwaltungshaushalts habe man somit insgesamt Mindereinnahmen von knapp 3,5 Millionen Euro. Auch auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushalts gebe es einige Veränderungen. Die Zuführung in die Rücklage der Stadtwerke sei lediglich auf die Verschiebung von Investitionsmaßnahmen zurückzuführen, so dass diese Mittel 2018 zunächst nicht abgerufen werden müssen. Bei der energetischen Sanierung des Wieland-Gymnasiums habe man aufgrund des aufwendigen Brandschutzes einen deutlichen Mehraufwand von 1,2 Millionen Euro. Auch beim Neubau des Feuerwehrhauses müssten 300.000 Euro nachfinanziert werden. Desweiteren gebe es noch einen großen Ausgabeblock, der mit den Verträgen mit den Krippenbetreibern zusammenhänge. Für deren Investitionen in den zurückliegenden Jahren müssten rund vier Millionen Euro nachbezahlt werden. Insgesamt steige die Rücklagenentnahme auf 25,3 Millionen Euro, was ihn natürlich betrübe. Denn einerseits diene diese Rücklage der Risikovorsorge, andererseits tue man sich bei geringeren Rücklagen auch schwerer bei Projekten wie dem Rückkauf des Wasser-netzes.

StR Walter nimmt wie folgt Stellung: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Biberach inklusive ihrer Teilorte, seit meinen Studienzeiten versuche ich jedes Jahr zumindest ein Buch des aktuellen Literaturnobelpreisträgers zu lesen. Was nicht immer gelungen ist. Ein guter Freund schenkte mir dieses Jahr zum Geburtstag ein Buch mit Werken des Literaturnobelpreisträgers von 2016, Bob Dylan. Eine Zeile seines Liedes "It's Alright, Ma (I'm Only Bleeding)" passt meiner Meinung nach ganz gut zu unseren Biberacher Haushaltsberatungen. Sie lautet: „Money doesn't talk, it swears obscenity“, das heißt: Geld regiert nicht die Welt, es ruft Unanständigkeit hervor (beschwört herauf), will sagen, die Wünsche wachsen in den Himmel. Und da verkneife ich mir nicht, an die Adresse des Vorsitzenden des Stadtteilhausvereins, Herrn Schiro, zu sagen, dass dies vorher schon ein Beweis dafür war, was Sie uns vorher "angedroht" haben. "Wir werden nächstes Jahr wieder einen Antrag stellen" - ich sage Ihnen aber auch, dass wir als Gemeinderäte eine Verpflichtung haben, allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Mitarbeitern der Stadt gegenüber Gerechtigkeit in der Vergleichbarkeit der Gehälter üben müssen. Und dies muss hier heute auch gesagt werden dürfen.

Wenn Bob Dylan, selbst ein reicher Mann, die negative Macht des Geldes so beschreibt, so gilt es eben für uns, sich gegen diese obscenity, diese Unanständigkeit zu wehren und ihr responsibility, Verantwortung entgegenzusetzen.

Für die CDU-Fraktion bedeuten viel Geld, die hohen Einnahmen unserer Stadt daher ganz positiv formuliert: Wir haben eine hohe Verantwortung, mit dem von unseren Unternehmen und von allen unseren Bürgern erwirtschafteten Geld anständig zu arbeiten, es sinnvoll in die Zukunft zu investieren und eine starke Rücklage für schwächere Jahre zu bilden.

Wir werfen das Geld eben nicht mit vollen Händen zum Fenster hinaus, indem wir unkontrolliert alle an uns herangetragenen Wünsche – und das sind im Laufe eines Jahres eine ganze Menge -

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

erfüllen. Es wäre aus diesem Grund daher auch falsch, die Einrichtungen der Stadt inklusive des ÖPNV kostenlos zur Verfügung zu stellen. Wir versuchen, eine ausgewogene Gebührenstruktur zu entwickeln und zu halten, die beides, nämlich Großzügigkeit und nachhaltige Sparsamkeit beinhaltet. Vielfältig profitieren unsere Bürger seit Jahren von unseren guten finanziellen Verhältnissen und auch im kommenden Jahr geben wir viel Geld für Verbesserungen aus und damit unseren Bürgern zurück. Zum Beispiel können wir in Biberach seit einigen Jahren die Gebühren unserer Kindertageseinrichtungen 10 Prozent günstiger als vom Land selbst empfohlen anbieten. Wir haben eine kostenfreie erste Stunde im Parkhaus und der Tiefgarage und wir subventionieren unseren ÖPNV ab diesem Jahr mit zusätzlichen 500.000 Euro zu den bisher schon öffentlich geförderten fast zwei Millionen Euro. Zudem bot sich in diesem Jahr an, die Grundsteuer zu senken, was tatsächlich allen Bürgern, den Eigenheimbesitzern und den Mietern, zu Gute kommt. Und gleichzeitig erhöhen wir unsere Rücklage. Da kann sich nun wirklich jeder Bürger freuen. Wir investieren, wir sorgen für die Zukunft vor und wir lassen alle an den guten finanziellen Verhältnissen unserer Stadt teilhaben.

Zu den Haushaltsberatungen haben wir in diesem Jahr 16 Anträge gestellt und sind sehr zufrieden, dass wir praktisch alle 16 Anträge mit einem positiven Ergebnis beraten konnten. Für die fairen Diskussionen darüber bedanken wir uns bei allen Kollegen des Gemeinderates. Manches davon wird, wenn wir es im nächsten Jahr beraten, zu hoffentlich leidenschaftlichen Diskussionen führen. Spannend, ob es gelingt, die Hoheit über unser Wasser wieder zu erlangen. Unseres Erachtens gehört die Hoheit über die Wasserversorgung in kommunale Hände. Auch werden wir die fehlende Beschilderung des Stadtfriedhofs im neuen Jahr noch einmal gesondert aufrufen – da sind wir mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Wir wünschen uns jetzt schon, gute Ergebnisse für die Bürger unserer Stadt erreichen zu können. Und natürlich bleiben wir positiv unterstützend und begleitend an der Entwicklung des IGI sowie an der Umfahrung Biberach mit dem Aufstieg zur B 30 dran.

Ein kritisches Wort sage ich zur Nachtragsliste des Haushalts: In dieser Liste sollten nur die durch die Haushaltsberatungen ausgelösten Veränderungen stehen. So wollen wir das in Zukunft auch wieder haben! Alles bis Oktober schon bekannte kann uns auch vor den Haushaltsberatungen mitgeteilt werden. Die aktuelle Liste enthält überraschende Inhalte und wir erwarten unbedingt die Vorlage zu den Krippenverträgen, die wir jahrelang angemahnt hatten und die uns nun mit fast sechs Millionen Euro quasi "nebenbei untergejubelt" werden. Ebenso steht für die Entfernung des Spitalhofbrunnens die astronomisch falsche Zahl von 265.000 Euro in der Liste. Sehr gefreut haben uns ermunternde Rückmeldungen zu unserer Idee, den Marktplatz als Einbahnstraße zu prüfen. Es wird von den Bürgern erkannt, dass unser Marktplatz dadurch noch attraktiver werden könnte und gleichzeitig für alle Verkehrsarten erreichbar bleibt.

Unser Antrag, ein Konzept für neue Bestattungsformen auf den Friedhöfen unserer Teilorte zu entwickeln, trifft die Lebenswelt unserer Bürger, was dankbar zurückgemeldet wird – auch von Seiten der Ortsvorsteher. Dem ÖPNV, der durch die stetigen Verbesserungsvorschläge der CDU nun in eine neue Dimension vorgestoßen ist, wünschen wir großen Erfolg!

Schön finden wir auch, wie es gelungen ist, die kreativen Köpfe der Stadtverwaltung zu begeistern. Wir freuen uns jetzt schon auf die vom Oberbürgermeister geheimnisvoll angekündigten Ideen zu unserem Antrag, Justinus Heinrich Knecht zu würdigen. Den humorvollen Einwurf des Kollegen Dr. Metzger, er hätte von der CDU hier eher den Antrag auf einen Brunnen statt einer Büste erwartet, fand ich übrigens sehr gelungen! Der Einwurf zeigte jedoch auch, dass unsere

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Initiative, den Schadenhof nochmals zu überplanen, den Spitalhof zu entrümpeln und insgesamt die Aufenthaltsqualität in unserer tollen und attraktiven Innenstadt zu steigern, richtig war. Nur am Rande, Herr Kuhlmann, die Deadline für den Abbau des Spitalhofbrunnens steht: Der Termin für das Schwarz-Veri-Fest 2018 ist bekannt – da muss der Brunnen weg sein. Wenn Sie Unterstützung brauchen: Ein Klick in mein Email-Postfach und die Liste derer, die selbst mit anpacken wollen, steht zur Verfügung!

Die CDU-Fraktion wird sich im neuen Jahr 2018 gewohnt intensiv den Themen der Bürgerschaft zuwenden und diese mit den Ideen der Verwaltung in Einklang bringen. Dies mit der uns innewohnenden selbstbewussten Selbständigkeit und Unabhängigkeit. „Freude an der Arbeit lässt das Werk trefflich geraten“. Dieses dem großartigen Philosophen Aristoteles (4.Jh. v.Chr.) zugeschriebene Zitat ist für die CDU-Fraktion Motto für das kommende Jahr und ich wünsche diese Einstellung uns allen hier im Gemeinderat.

Wir bedanken uns bei der gesamten Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Norbert Zeidler an der Spitze für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr, für die Erstellung des Haushaltsplans und die Verfassung wiederum sehr zahlreicher Vorlagen und Pläne. Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2018 zu!

Wir wünschen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, den Vertreterinnen und Vertretern der Medien, Herrn Mägerle und Herrn Fritsche, den Kolleginnen und Kollegen im Rat sowie allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Biberach ein schönes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen gelingenden Start im neuen Jahr 2018!

StR Keil bezieht wie folgt Stellung: "Politik ist ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich" (Max Weber 1919). Die Arbeit der SPD-Fraktion für unsere Stadt und für ihre Bürger hat sich wieder einmal gelohnt: Das beharrliche Bohren für neue Perspektiven und das unermüdliche Sägen an Vorurteilen hat nun doch zu überraschenden Gemeinsamkeiten über Fraktionsgrenzen hinaus geführt. Unser erster Punkt gilt dem Personal – weil es uns in ganz besonderem Maß um die Menschen geht, die mit uns und für uns in der Verwaltung der Stadt arbeiten. Wir bedanken uns ausdrücklich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister dafür, dass Sie den Mut hatten, den untauglichen Beschluss zur Stellendeckelung aufzubrechen; dies gilt besonders für das Baudezernat, dort wird es besonders positiv zu spüren sein. Die Entwicklung unserer Stadt verlangt eine Personalkapazität, die mit Zeit, mit Qualität und Flexibilität den Ansprüchen der Bürger, aber auch der Firmen gerecht werden kann. Als Maßstab gilt für uns: Der Baubürgermeister sollte mindestens einen Tag im Monat die Zeit haben, wandernd die Stadt betrachten und ansehen zu können, was er- und angerichtet wird. Hätte er diese Zeit nicht, hätte die Stadt ein Problem. Eine Verwaltung mit ausreichender Zeit für Bürger und ihre Anliegen hat übrigens auch etwas zu tun mit dem Vertrauen in unsere Demokratie und unsere demokratischen Institutionen. Da kann man nicht genug dafür tun. Ein gutes Beispiel für die Investition in Personal war vor zwei Jahren die Situation der Flüchtlinge. Dass wir – neben einigen wirklichen Problemen, die nach wie vor da sind – auch Erfolgsgeschichten erzählen können, verdanken wir dem Engagement von vielen Menschen, die zum Beispiel in der vhs unermüdlich arbeiten. Überraschenden Konsens gab es auch beim Thema Verkehr: endlich tut sich etwas an der unwürdigen Situation am westlichen Marktplatz. Die SPD-Fraktion wird weiter der Frage nachgehen: was können wir tun, damit die Kernstadt ein wirklicher Lebensraum, ein Raum des Bürgers, für Begegnung, Aufenthalt und Kommunikation wird. Amüsant ist ja die Debatte um den Hafenmarkt: eine von uns für möglich gehaltene Fahrrad-Halle würde an Volumen circa 30 Prozent weniger ein-

nehmen als sechs parkende SUVs. Übrigens: der Museums-Zwischenbau beweist wie moderne Architektur dem Straßenbild einer historischen Altstadt gut tun kann. Das wäre auch ein Beispiel für die Frage: Was bedeutet eigentlich „Entwicklung“ in unserer Stadt? Einerseits sicher nach wie vor viel Engagement für Stadtsanierung, im Hochbau und auch in der Gestaltung des Straßenbildes. Wir hatten dazu einen Antrag gestellt, mit dem wir vor allem den privaten Investoren signalisieren wollten: Wir wollen Eure Interessen unterstützen – Ihr und eure Investitionen seid uns etwas wert. Stadtentwicklung heißt aber auch: behutsame Veränderung, die eine Antwort ist auf neue Verkehrsformen und auch auf anderes Kaufverhalten. Dass die Ulmer-Tor-Straße einer Problemlösung dringend bedarf, haben wir schon ins Stadtentwicklungskonzept eintragen lassen. Zum Thema Stadtentwicklung gehört aber auch ein Denken an unsere Wohnquartiere. Unser Antrag zum Lindeleplatz könnte dazu führen, ein Modell von Quartiersbelebung zu erfinden, vielleicht sogar dann mit Bürgerbeteiligung.

In den Bereichen Kultur, Sport und Bildung sind wir recht gut aufgestellt. Wir bedauern, dass das eine kostenfreie Kindergartenjahr noch (!) nicht möglich ist – aber die Frage und das Thema ist nun in der Öffentlichkeit. Hierbei wäre auch eine angemessene Reaktion auf unseren Umgang mit den guten Steuereinnahmen angebracht. Die Bürger hätten verstehen und sehen können: hier geht es um Kinder, hier geht es also um die Zukunft – und auch um die Attraktivität unserer Stadt. Es wäre Werbung für den Namen dieser Stadt gewesen. Ähnlich amüsiert haben wir die Formulierung „nicht überschaubare Nachfragerisiken“ gelesen. Die starke Nachfrage nach den Bus-Rabatten zeigt doch: die Bürger erwarten, dass sich etwas tut. Der ÖPNV ist im Moment das Mega-Thema – und das ist gut so! Wenn uns die Einigung zunächst einmal auf 1 Euro gelänge, wäre das schon ein Fortschritt. Dafür, dass das nun in der Öffentlichkeit ist und damit im Denken der Bürger, sind wir Ihnen, Herr Wersch, dankbar. Wenn in Stuttgart das billigste Ticket 1,40 kostet – was kann und muss sich dann Biberach leisten? Freilich, der kostenlose ÖPNV bleibt eine Vision. Eine nötige Vision. Es braucht solche Visionen – nur so kommt es zum Auszug des (Biberacher) Menschen aus seiner selbstverschuldeten Phantasielosigkeit. Ich schließe deshalb mit einem Zitat von Christian Fürchtegott Gellert, dessen Lied Nr. 607 in unserem evangelischen Gesangbuch von J.H. Knecht vertont wurde. „Wer stärkt den Frieden im Gewissen? Wer gibt dem Geiste neue Kraft? Wer lässt mich so viel Glück genießen?“ Weil es Advent ist, darf man antworten: nicht das Geld. Das hätte Bob Dylan auch so gesagt. Ich danke für die Aufmerksamkeit und schließe mich den Wünschen meines Vorredners an.“

StR Heinkele äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Wersch, sehr geehrter Herr Baubürgermeister Kuhlmann, meine Damen und Herren, 40 Anträge und 52 Anfragen wurden von den Fraktionen eingereicht und von der Verwaltung in kürzester Zeit bearbeitet – einige zwar mit Termin 1. Quartal 2018. Dem Gemeinderat geht die Arbeit in 2018 also nicht aus. Im Allgemeinen war die Stimmung im Gemeinderat entspannt und konstruktiv, wofür auch die kurzen Bearbeitungszeiten im Hauptausschuss und Bauausschuss sprechen. Die Freien Wähler bedanken sich bei allen Mitarbeitern, die mit ihrer Vorarbeit den Grundstock dafür gelegt haben.

Ein kluger Kopf hat mal festgestellt, dass Kommunen dann am meisten Fehler machen, wenn es ihnen gut geht. Die Gefahr Fehler zu machen gilt natürlich für Verwaltungen wie für Gemeinderatsfraktionen. Fehler wurden nicht gemacht mit der Absenkung der Grund- und Gewerbesteuer und Fehler wurden nicht gemacht mit hohen Investitionen in Kinderbetreuung. Ich meine, dass wir dort sehr gut mitschwimmen können in der oberen Klasse. Fehler können dann gemacht werden, wenn noch einmal zusätzliches Geld auftaucht. Genau aus diesem Grunde hatten die Freien

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Wähler den Antrag eingebracht, die zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen der Allgemeinen Rücklage zuzuführen, die in der mittelfristigen Finanzplanung noch gar nicht abgebildet sind. Die Planung und Durchführung von neuen Projekten wäre damit erschwert worden, was angesichts der Auslastung der Verwaltung sowieso angesagt war. Leider ist die Ratsmehrheit unserem Antrag im Hauptausschuss nicht gefolgt. Vom Finanzbürgermeister hätten wir uns eine euphorische Unterstützung gewünscht, hatten wir doch den festen Eindruck gewonnen, dass die Kämmerin Frau Leonhardt durchaus gewillt war, wie eine Glücke über die Millionen zu wachen. Na ja Frau Leonhardt, die nächste Chance kommt mit dem Haushalt 2019. Allerdings ist da Kommunalwahl, von daher weiß ich nicht, ob das da was wird. Erfolgreich waren wir mit dem Antrag an die Verwaltung, regelmäßig über den Zustand von städtischen Gebäuden im Rahmen einer negativen Hitliste zu berichten. Damit wollen die Freien Wähler langfristig sicherstellen, dass Defizite an der Gebäudesubstanz rechtzeitig erkannt und behoben werden können. So ist auch unser Antrag zur Stadtbierhalle zu sehen und wir freuen uns, dass auch Oberbürgermeister Zeidler dies sehr wohlwollend aufgenommen hat. Also ist die Chance, dass sich da was tut, sehr groß, vielen Dank.

Der Antrag anderer Fraktionen, den ÖPNV für 2 Jahre kostenfrei zu machen, wurde von der Mehrheit des Gemeinderats mit den Stimmen der Freien Wähler im Hauptausschuss abgelehnt. Über die Stadtwerke werden die Bäder mit 1,8 Millionen Euro, die Parkhäuser mit 800.000 Euro und der ÖPNV heute schon mit 1,7 Millionen Euro von Stadt, Kreis und Land subventioniert. Wir begrüßen das neue Nahverkehrskonzept mit Busverbindungen im Halbstundentakt, bei manchen Buslinien sogar im Viertelstundentakt, was an die Verhältnisse in einer Großstadt erinnert. Barrierefreie Busse ergänzt um die beiden Anrufsammeltaxis bringen Fahrgäste bis spät am Abend, am Wochenende bis 2.00 Uhr nachts in die Wohnquartiere. Wir meinen, Marketingmaßnahmen, Schnupperangebote und Aktionstage sind jetzt bei den Stadtwerken angesagt. Die Freistellung des ÖPNV, die pro Jahr 1,2 Millionen Euro zusätzlich gekostet hätte, zählt nicht dazu, denn sie verfälscht die Akzeptanz des neuen ÖPNV-Konzepts und gefährdet die Zuwendungen von Kreis und Land. Die Anbindung an den Ding-Busverkehr ist sowieso noch nicht geklärt!

Biberach ist eine Stadt mit erfolgreichen Industrieunternehmen, die Tausende qualitätsvolle Arbeitsplätze bieten und dabei überdurchschnittlich hohe Gewerbesteuern entrichten. Wie in der Industrie und im Gewerbe sind auch die meisten Einzelhandelsunternehmen familiengeführt und standorttreu. Die Folge ist eine lebendige Einzelhandelsstruktur mit vergleichsweise sehr wenigen Leerständen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sprechen sich die Freien Wähler für eine Ausgewogenheit der Verkehre in der Kernstadt aus, die durch die Neukonzeption des ÖPNV, durch gute Erreichbarkeit der Läden, der Ärzte und Apotheken mit Bus, Auto, Fahrrad oder zu Fuß gekennzeichnet ist. Dazu zählt auch die erste Stunde Freies Parken in den Tiefgaragen und dazu zählt auch der Antrag der CDU, den Marktplatz vielleicht anders zu gestalten. Wir werden sehen, was da im neuen Jahr auf uns zukommt.

Freuen wir uns über eine Stadt, die den Bürgern viele Freiwilligkeitsleistungen, eine Kindergartenlandschaft und Schulvielfalt von hoher Qualität bieten kann. Bei unserem breiten Kulturangebot hat man häufig die Qual der Wahl zwischen Cabaret in der Stadthalle, einem Konzert des Sinfonieorchesters in der Bruno-Frey-Musikschule oder einem Orgelkonzert von Ralf Klotz in der Stadtpfarrkirche St. Martin. Oftmals leider alles gleichzeitig, so dass man gar nicht alle Angebote nutzen kann. Vergessen wir bei dieser Vielfalt nicht die jetzigen und die zukünftigen Mitarbeiter der Stadt Biberach, die es gilt zu halten und zu gewinnen. Da der Kampf um die klügsten Köpfe im öffentlichen Dienst eher nicht über die Bezahlung gewonnen wird, bleiben familienfreundliche

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Arbeitszeitmodelle und moderne Arbeitsplätze. Das geplante Strategieprojekt „Biberach - mein Beruf“ wird es hoffentlich richten und ist wohl auch das angesagte Mittel, um hier neue Möglichkeiten auszuloten. Wir stimmen dem Haushalt natürlich zu und die Freien Wähler wünschen Ihnen geruhsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch in Jahr 2018.

Einen Spruch von Ringelnatz möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: „Die besinnlichen Tage zwischen Weihnachten und Neujahr haben schon manchen um die Besinnung gebracht“! In Biberach kann Ihnen das eher nicht passieren! Wir sehen uns nämlich beim Christkindlesrunterlassen!"

StR Weber äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herren Bürgermeister und Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, es ist schon schön in so einer Stadt wie Biberach Stadtrat zu sein. Und so einen Haushalt in den Händen zu halten, von dem die meisten Kommunen nur träumen können. An dieser Stelle dürfen wir auf unsere Geschäfte und Firmen mit ihren vielen Schaffenden nur stolz sein. Aber auch Dank an die Verwaltung – vorneweg Frau Leonhardt und Herrn Wersch für diese Fleißarbeit mit all den Anträgen.

Aber solche Haushalte lassen doch auch Visionen zu – was ja auch schon die SPD sich in der 1. Lesung von der Verwaltung wünscht.

Ein neuer ÖPNV – Start lässt grüßen – fantastisch –, verlässliche engere Taktzeiten, neue Niederflurbusse und Kleinbusse als Anrufsammeltaxen – das ist schon mal gut. Doch wir hätten uns dazu einen echten Knaller gewünscht: einsteigen – aussteigen – doch dazu gab es keine Mehrheit. Als Gegenfinanzierung hätten wir die um einen Prozentpunkt niedere Kreisumlage angedacht, fast eine Million Euro. Umso mehr hoffen wir nun darauf, miteinander das 1.- €- Ticket einführen zu können. Aber dieser ÖPNV muss für unsere Stadt ein riesiger Erfolg werden mit vielen, aber nur positiven Nebeneffekten. Fangen wir mal an: starke Abnahme des 50prozentigen Binnenverkehrs, ausgezeichnete Autoparkplätze in der Innenstadt bleiben leer, Aufenthaltsqualität in der Stadt nimmt spürbar zu, Luftschadstoffmessungen zeigen Top-Werte an, und wenn dann im nächsten Jahr die Ulmer-Tor-Straße neu gemacht wird, wird sich um wegfallende Parkplätze niemand mehr streiten und dort könnte ruhiger Begegnungsverkehr Wirklichkeit werden. Selbst neue Straßen bräuchten nicht mehr gebaut werden. Boulevard lässt grüßen! Ein weiteres Ziel muss sein, unseren ÖPNV in die Nachbargemeinden hinauszutragen, um auch eine spürbare Entlastung des Individualverkehrs für unsere Stadt hinzubekommen. Und spätestens jetzt werden die Kreisräte sich am gewünschten Abmangel gern beteiligen. Ehrlich gesagt, die sind doch auf unser Konzept neidisch.

Mich persönlich freut es, dass der ÖPNV nun endlich ein Thema in diesem Gremium ist und es freut mich auch, dass der Umbau der Ulmer-Tor-Straße nun kommt. Verwunderlich ist nur, dass genau diese Anträge zum ÖPNV und zur Ulmer-Tor-Straße vor Jahren auf Antrag von uns Grünen abgelehnt wurden und jetzt auf Antrag der Kollegen zu meiner linken Seite geht es plötzlich durch. Aber so ist es halt. Es freut uns, dass bei der Pflege von öffentlichen Grünflächen auf chemische Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmittel verzichtet wird. Und wenn jetzt noch auf das Mulchen von Grünflächen und Wegrändern in unserer Stadt und in den Ortsteilen auch verzichtet wird und nur noch ein oder zweimal im Jahr gemäht wird, werden es uns Insekten und Vögel danken. Der Konstanzer Gemeinderat ging hier in der letzten Woche noch ein Stück weiter und fasste den Beschluss, auf all ihren verpachteten Feldern Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat sowie sämtliche neonikotoidhaltigen Fungizide zu verbieten. Wir bleiben dran.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Sehr lobenswert ist, dass der Stadtpass unkomplizierter gehandhabt wird. Wir hoffen, dass er so noch von mehr Mitbürgern benutzt wird. Als tollen Erfolg dürfen wir die Aufhebung des Beschlusses „Deckelung der Personalstellen bei der Stadtverwaltung“ werten. So ein Beschluss schränkt das kommunale Handeln ein und ist für die Stadtentwicklung abträglich. Wir können uns an einer schlanken, flexiblen und aufgabenorientierten Personalpolitik ausrichten. Dies ist auch eine Wertschätzung des Personals.

Lieber Herr Zeidler, noch ein paar Worte zu Ihren Ausführungen bei den Haushaltsdebatten in Mettenberg. Ihrer Meinung nach habe ich einen Fehler gemacht, als ich jüngst im Kreistag der B-312 Umfahrung Ringschnait, Ochsenhausen, Erlenmoos und Edenbachen zugestimmt habe. Ich habe ausführlich die herben Verluste für Natur und Fläche beklagt, aber eine Bundesstraße mit weit über 90 Prozent Durchgangsverkehr, das waren letztlich meine Gründe für die Zustimmung. Und wenn Sie nun die Kreisstraße 7532, also die Nordwestumfahrung mit dem fraglichen Aufstieg Mettenberg zur B 30 als B 312 Umfahrung von Biberach im gleichem Atemzug hernehmen, dann ist es einfach ein riesengroßer Unterschied ob ich 90 Prozent Durchgangsverkehr oder 92 Prozent Ziel-, Quell- und Binnenverkehr habe – denn an letzterem können wir was ändern.

„Landwirtschaft gut und Industrie böse“ - Herr Zeidler, die Industrie gibt den Menschen Arbeit, ein hohes Gut. Aber sie muss innovativ und auch sozial sein und Wachstum darf nicht auf Kosten von Natur gehen. Mir geht es bei der Fläche um ein intaktes Ökosystem und die ist einfach rar. Und wenn da jetzt intensive Kulturen angebaut werden, die intensiv gespritzt werden, so ist es immer noch möglich, diese Flächen ökologisch zu bewirtschaften. Aber wenn sie einmal versiegelt sind, geht es nicht mehr. Klimawandel, Arten- und Insektensterben, fast keine Singvögel mehr und und und. Wann begreifen wir oder wer mich und meinen Einsatz nicht versteht – ich weiß nicht was ich noch alles tun und sagen soll und das seit vielen Jahren. Zum Flächenverbrauch und zur Versiegelung, insbesondere dem Rißtal werde ich heute einmal nichts sagen. Ich werde jedem von Ihnen einen kleinen Kunstband meines Bruders Hermann überreichen, der auf seine Art und Weise kommuniziert, was er von der Entwicklung in seiner Heimat hält.

Somit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wir Grünen werden dem Haushalt 2018 zustimmen. Danke.“

StR Funk bezieht wie folgt Stellung: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Die Ausgangslage für unsere Beratungen zum Haushalt 2018 war die von der Verwaltung vorgeschlagene Senkung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 330 Prozentpunkten auf 300 Prozentpunkte. Der bisherige Hebesatz war in Biberach seit 2006 stabil und dies insbesondere auch deshalb, weil es seit der Unternehmenssteuerreform zum 01.01.2008 eigentlich kaum einen Grund gab und gibt, diesen zu senken. Eine Senkung kommt nur den Kapitalgesellschaften zu Gute und hilft in erster Linie den Unternehmen, die ihre Gewinne nicht ausschütten (müssen). Durch das Umlageverfahren belasten die Steuerausfälle nicht nur die Stadt Biberach, sondern auch den Kreis, das Land und den Bund. Wenn das nicht durch Sparen ausgeglichen werden kann, dann eben durch die Einkommenssteuer, den Soli und die Umsatzsteuer. Natürlich weiß die FDP-Fraktion auch, dass die Gewerbesteuererinnahmen in erster Linie von wenigen großen Biberacher Unternehmen stammen und global aufgestellte Unternehmen immer Gestaltungsspielräume haben.

Bei dieser Ausgangslage ging die FDP-Fraktion mit vier Anträgen in die Beratungen. Sie hielt eine Senkung der Hebesätze auf 310 Prozentpunkte statt auf 300 Prozentpunkte für ausreichend und wollte für die eventuell zeitlich beschränkten Mehreinnahmen eine unantastbare Rücklage in der

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Höhe von 80 Millionen Euro beschließen lassen. Von einer zusätzlichen Senkung der Grundsteuer A und B sollten alle etwas profitieren: Alle Unternehmen gleichermaßen, also neben Kapitalgesellschaften auch Personengesellschaften. Die Senkung kommt auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern an, egal ob sie Eigentümer oder Mieter sind. Daneben sollte mit einer Familienkomponente das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei im Sinne eines kostenlosen Vorschuljahres angeboten werden.

Dieser Wunsch wurde während der Beratungen im Hauptausschuss mit 8 zu 6 Stimmen abgelehnt. Wie früher bei diesem Thema waren CDU, FW und unser Oberbürgermeister anderer Auffassung. Die Senkung der Hebesätze auf nur 310 Prozentpunkte wie in der Stadt Ingelheim zu beschließen und dafür eine unantastbare Rücklage einzuführen, fanden ebenfalls keine Zustimmung. Dafür gelang es endlich, die Grundsteuerhebesätze auf 200 Prozentpunkte zu senken. Diesen Satz hatten wir zuletzt im Jahre 2009. Dieses Jahr waren sich CDU, FW, FDP und unser Oberbürgermeister einmal zum selben Zeitpunkt einig. Auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen stimmte zu.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt 2018 zustimmen. Jetzt ist aber die Verwaltung am Zuge, den Gemeinderat im Jahr 2018 so gut zu informieren, dass man wenigstens im Nachhinein sicher sein kann, dass die geplanten Gewerbesteuererinnahmen auch fließen werden.

Gefreut hat sich die FDP-Fraktion in diesem Jahr auch darüber, dass man mehreren Anträgen der anderen Fraktionen zustimmen konnte und dies auch gerne getan hat. Stellvertretend seien genannt: Die CDU äußerte den Wunsch, die Ulmer-Tor-Straße zeitnah zu sanieren und neu zu gestalten. Es ist ein altes Anliegen der FDP, die Altstadt Ost nicht immer wieder zu benachteiligen. Die berühmte Anlage 13 im Haushaltsplan gibt eine Übersicht über die Mitgliedsbeiträge sowie Zuschüsse und Zuwendungen an Körperschaften, Vereine und Verbände. Der Ansatz im Haushaltsplan liegt inzwischen bei über 12 Millionen Euro. Die SPD wünscht sich eine übersichtlichere Sortierung. Dieser Wunsch hat unsere volle Unterstützung. Die Freien Wähler wollen einen regelmäßigen Bericht über städtische Gebäude, die sich in schlechtem Zustand befinden. Dazu gibt es ein uneingeschränktes „Ja“ von der FDP-Fraktion. Die Grünen beantragten die Aufhebung des Beschlusses zur Deckelung der Personalstellen. Dem stimmten wir gerne zu.

Der ÖPNV weist bei den Stadtwerken als Spartenergebnis nur einen relativ kleinen Verlust von 185.000 Euro aus. Dies deshalb, weil insgesamt über zwei Millionen Euro aus Steuergeldern an Zuschüssen fließen. Aus dem Haushalt der Stadt Biberach stammen 400.000 Euro. Bei weiteren sinnvollen Vorschlägen von den Stadtwerken ist die FDP für ergänzende Förderungen im ÖPNV durchaus offen.

Jetzt kennen wir endlich die Höhe der Zuschüsse zu den Krippen der Hospital-Stiftung. Die erwartete hohe Kapitalzufuhr trifft ein. Daneben reduziert sich jetzt die Sorge über negative Ergebnisse für die Jahre 2015 und 2016 erheblich. Eine abschließende Gesamtbetrachtung zusammen mit den beiden GmbHs steht aber noch aus. Wir erwarten jetzt ab dem Jahr 2018 eine jährliche Abrechnung der Zuschüsse aus dem Krippenvertrag. Dies ist für den Haushalt der Stadt Biberach genauso wichtig wie für den Haushalt der Hospital-Stiftung. Hier sind wir zuversichtlich, dass es insgesamt zeitnah zu einer periodengerechten Gesamtbetrachtung kommen wird, nachdem uns die Hospitalverwaltung dies zugesagt hat.

Wir danken allen Firmen und deren Mitarbeitern, ob groß oder klein, für ihren Einsatz und die daraus resultierenden Steuereinnahmen. Und dies gilt ausdrücklich für alle Steuerarten. Wir danken allen Vereinen und allen Ehrenamtlichen für ihren Einsatz für das Gemeinwohl und zuletzt danken wir allen Mitarbeitern in der Verwaltung für ihre Arbeit in einer immer schwieriger werdenden Zeit. Der Presse danken wir für eine faire Begleitung im Jahr 2017.“

StR Heidenreich hält die Absenkung der Gewerbesteuer für bedenklich. Man hätte bei der Senkung bei 310 Prozentpunkten bleiben und damit mit Ingelheim gleichziehen können. Dies wäre das richtige politische Signal gewesen und so hätte man das Thema Steuersenkungswettbewerb aus der Diskussion nehmen können. Mit der Absenkung auf 300 Prozentpunkte werde offensiv signalisiert, dass man in einen Steuersenkungswettbewerb mit Ingelheim trete und dies halte er für politisch falsch. Er habe auch überlegt, wegen dieses Punktes dem Haushaltsplan nicht zuzustimmen. 310 Prozentpunkte seien niedrig genug, der Durchschnitt liege bei 360. Auch wenn es noch viele weitere Kleinigkeiten gebe, werde er dem Haushaltsplan zustimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2018 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.

2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		245.584.000 €
davon		
im Verwaltungshaushalt	192.637.000 €	
im Vermögenshaushalt	52.947.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
---	--	-----

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		53.624.100 €
--	--	--------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.		6.000.000 €
--	--	-------------

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 200 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 200 v.H.
2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. 300 v.H.
3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2018) in der Fassung der Änderung - **Anlage 4** zu Drucksache 2017/228 - festgestellt.
4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im Einzelnen dargestellt, werden bestätigt.
5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2017 - 2021 - wie in **Anlage 2** zu Drucksache Nr. 2017/228 dargestellt - wird festgestellt.

TOP 13.1. Bekanntgaben - Denkmalwürdigkeit Schulstraße 26

2017/226

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/226 zur Information vor.

Baudezernent Kuhlmann führt aus, dass das Gebäude dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft gehöre. 1978 sei es auf der vorläufigen Liste des Denkmalamts gestanden. Nach einer Innenbegehung sei dann aber festgestellt worden, dass es sich doch um kein Denkmal handle. Seit 1982 habe das Gebäude daher nicht mehr auf der Liste der Baudenkmäler der Stadt Biberach gestanden.

2016 habe es Fragen seitens des Stadtforums gegeben, ob in dem Gebäude nicht vielleicht doch wertvolle Bestandteile enthalten sein könnten, die bisher nicht erfasst worden seien. Er habe daher dem Ersten Bürgermeister Wersch vorgeschlagen, das Gebäude zu untersuchen. 2017 sei man dann hierbei zu dem Schluss gekommen, dass in dem Gebäude tatsächlich sehr alte Strukturen vorhanden sind. Es habe sich zudem ursprünglich einmal um ein Gebäude gehandelt, das dann im späteren Verlauf getrennt worden sei. Diese Informationen seien auch für das Denkmalamt neu gewesen. Im Wissen um das Alter der Holzstrukturen im Gebäude von rund 700 Jahren habe das Denkmalamt dann entschieden, den Denkmalstatus für das Gebäude zu erlassen. Im nächsten Jahr müsse nun mit dem Gemeinderat und dem Eigenbetrieb darüber diskutiert werden, was mit dem Gebäude passieren solle.

OB Zeidler ergänzt, dass der Bauausschuss hierzu im Januar einen Vor-Ort-Termin machen werde. Dann solle auch überlegt werden, was dort möglich und sinnvoll wäre.

TOP 13.2. Bekanntgaben - Poco Loco

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass das Verwaltungsgericht entschieden und der Stadt schon einmal den Tenor der Entscheidung habe zukommen lassen. Tenor sei, dass die Nutzung wie bisher über die Anordnung, dass einmal pro Monat eine Club-Veranstaltung länger als Mitternacht stattfinden dürfe, rechtlich möglich sei. Vom Gericht sei dies auf zehn Veranstaltungen im Jahr beschränkt worden. In der besonderen Gemengelage von Wohnungen und Clubbetrieb sei dies möglich. Wichtig sei auch der Hinweis, dass die Rechtsanwaltskosten aufgeteilt werden und die erteilte Baugenehmigung somit rechtens gewesen sei.

TOP 14.1. Verschiedenes - Schulstraße 26

StR Heidenreich führt aus, dass das Ergebnis der Altersuntersuchung des Gebäudes Schulstraße 26 bereits seit acht Monaten vorliege. Er habe sich zwischenzeitlich auch einmal nach dem Alter des Gebäudes erkundigt und er finde es seltsam, dass das ganze so lange dauere. Die eigentlich spannende Frage sei aber, wie die Rechtslage sei und ob es noch irgendwelche Streitereien oder Vorkaufsrechte gebe. Über all diese Dinge wisse er nichts und dies sei für eine Gesamtbeurteilung schon wichtig.

OB Zeidler erklärt, dass das Thema aufbereitet und im Januar beraten werde. Man werde sich das Gebäude anschauen, die rechtliche Situation prüfen und dann schauen, wie man in der Sache weiterverfahre.

TOP 14.2. Verschiedenes - Winterdienst auf dem Marktplatz

StRin Sonntag berichtet, dass der Schnee, der auf dem Marktplatz weggeschippt werde auch irgendwo hinmüsse. Die bisherige Lösung halte sie nicht für optimal. Bisher seien einzelne Parkplätze bei Schneefall gesperrt und hiervon seien auch Behindertenparkplätze betroffen. Sie bitte darum, hier nach einer anderen Lösung zu suchen. Beispielsweise könnte man einen anderen Parkplatz zum Behindertenparkplatz erklären.

Amtsleiter Merkle erklärt, dass es sich um einen Tag gehandelt habe. An diesem Tag seien nur zwei Parkplätze frei gewesen. Aufgrund des Christkindlesmarktes habe man keine andere Möglichkeit gehabt. Das Problem sei dem Bauhof auch aufgefallen und deshalb habe man den Schnee auch einen Tag später abtransportiert. Künftig werde man dies berücksichtigen. Wollte man es anders handhaben, müsste man zwei reguläre Parkplätze sperren. Aber darüber habe er nicht zu befinden.

TOP 14.3. Verschiedenes - Meldung von Unfällen

StR Kolesch teilt mit, dass im heutigen Polizeibericht von einem Unfall berichtet worden sei. Gewundert habe ihn hierbei, dass Zeugen gebeten wurden, sich bei der bearbeitenden Verkehrspolizeibehörde in Heidenheim zu melden. Er möchte daher wissen, ob die Verkehrsunfälle in Biberach tatsächlich in Heidenheim bearbeitet werden und wie gut die Ortskenntnisse von Sachbearbeitern in Heidenheim seien. So habe er sich die Polizeireform nicht vorgestellt und er halte es für wichtig, dass die Verwaltung hier einmal nachfragt. Zeugen könnten eher davon abgehalten werden, wenn sie in Heidenheim anrufen sollen.

OB Zeidler sagt zu, dem Thema nachzugehen.

TOP 15. Jahresabschluss StR Hagel

StR Hagel äußert sich wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verehrte Damen und Herren, gerne nehme ich zum Schluss dieser letzten Gemeinderatssitzung in diesem Jahr wieder die Gelegenheit wahr, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, sowie Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen Dank zu sagen für das weitestgehend harmonische und abwechslungsreiche Jahr 2017.

Langweilig wird es uns hier in Biberach nie. In Ermangelung großer, vor allem finanzieller Probleme, schaffen wir es immer wieder mit ausdauernder Zielstrebigkeit, kleine Probleme - bevorzugt im Sommerloch - ganz groß zu machen. Da kommt es dann vor, dass wir in einer Minute sechs Millionen Euro in die Anpassung der Pensionsrückstellungen schieben um diese dem Abzinsungsfaktor anzupassen, gleichzeitig widmen wir uns dann aber gefühlte Stunden dem bedeutenden und kostspieligen Problem, ob der Brunnen am Saumarkt nun einen 10 Zentimeter hohen Sockel braucht, damit er beim Schneeschippen nicht so beschädigt wird, oder ob er so stehen bleiben kann. - Er kann !

Dass in dieser Stadt auch zielstrebig, effektiv und erfolgreich gearbeitet wird, egal ob im Hochbau, im Tiefbau, in Bildungs- und Betreuungsaufgaben, in der Kultur, in den zahlreichen Vereinen, und vieles mehr, zeigt eine kleine unvollständige Auswahl von Spiegelstrichen:

- Justin-Heinrich-Knecht Jahr zum 200. Geburtstag mit zahlreichen Veranstaltungen.
- Der Marketing Clou: „Vom großen B zum kleinen b“
- Wechsel im Gemeinderat, auf Tom Abele und Hans-Peter Brenner folgen Petra Romer-Aschenbrenner und Walter Herzhauser
- Zahlreiche Sanierungen und Neubauten von Kindergärten und Schulen
- Pflanzung der Arthur Handtmann Linde zu seinem 90. Geburtstag
- Hochwassermaßnahmen,
- 1.000 Stadtpässe werden erstellt
- JUKS wird 25 Jahre alt
- Einweihung Jugendhaus
- Tag der Sicherheit
- Umbau des alten Postplatzes
- Richtfest am Feuerwehr-Neubau
- Bundesfinale Rhythmische Sportgymnastik
- Unser OB wird 50 !
- Sanierung der Stadtpfarrkirche St. Martin
- Abriss altes Postgebäude
- Sonderausstellung Wasser
- Innovative neue BiberCard
- Einweihung der Mettenberger Mehrzweckhalle
- Die Stadt erhält das Prädikat „Familienbewusste Stadt Plus“
- Ein gelungenes traumhaftes Schützenfest unter der neuen Doppelspitze Fuchs / Mebold
- Umgestaltung und Verschönerung am schwarzen Bach
- Gelungene Inszenierung der Oper Fidelio
- Festlichkeiten zu 50 Jahre Valence – Biberach, mit dem zentralen, sehr gelungenen Bürgertag und der Verleihung der Bürgermedaille an Dr. Wolfgang Grimm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

- Herr Florian Retsch wird neuer hauptberuflicher Feuerwehrkommandant
- 1. Biberacher Genießeraufmarsch
- Neuer Besucherrekord bei den 39. Filmfestspielen unter neuer Leitung
- Innovatives neues Nahverkehrskonzept der Stadtwerke Biberach
- Zum 9. Mal Deutsche Tennismeisterschaften in Biberach

Wer mehr über all die Geschehnisse in Biberach nachlesen möchte, dem sei die Jahreschronik 2017 empfohlen, in welcher ein Feuerwerk an Ereignissen beschrieben wird, das einer deutlich größeren Stadt gut zu Gesicht stehen würde. „Klein - stark - erfolgreich“

Beteiligt an diesem „klein – stark – erfolgreich“ sind neben einer sehr aktiven Stadtgesellschaft auch der Gemeinderat und die gesamte Stadtverwaltung.

Als normaler Gemeinderat hat man ja schon auch seine Träume, vor allem wenn sie nichts kosten. So erging es mir am 10.04.2017 als in der Schwäbischen Zeitung ein Artikel erschien: „Vom Laufsteg ins Rathaus“. Auf zwei schönen Fotos war ein und dieselbe Frau - Kaiane Lopez - als Miss World 2009 zu sehen und als jüngste Bürgermeisterin von Gibraltar mit seinen ebenfalls 32.000 Einwohnern! - Träumen darf man - Ich hoffe nur nicht, dass unser OB den Titel umdrehen möchte: „Vom Rathaus auf den Laufsteg. Gut, als „Ü-50-Senior-Dressmen“ ginge er allemal durch. Trotzdem, mir ist er lieber als treusorgendes Stadtoberhaupt der Perle Oberschwabens. Uns würde etwas fehlen, wie zum Beispiel die oberlehrerhafte Klatsche, die er uns allen verpasst hat am 30.01.2017, als in der Frage der Personalausstattung der Wielandstiftung trotz einheitlichem Willen aufgrund von urheberrechtlichen Befindlichkeiten der Fraktionen keine Einigkeit zu erzielen war.

Dies sind die Momente, wo ich feststellen darf: Sie sind kein aalglatter Politiker, Sie beschäftigen sich ernsthaft mit den unterschiedlichen Themen und Meinungen. So kann es sein, dass Sie in ihrer unnachahmlichen empathischen, emotionalen und warmherzigen Art, wenn sie nicht der mehrheitlichen Meinung des kommunalen Souveräns (Gemeinderat) sind, dass Sie dann völlig unvorbereitet, spitzbubenhaft ein Blatt aus dem Ärmel ziehen mit der Bemerkung: „So Leit, des han i jetzt fascht scho befürchtet und han a gleis Statement vorbereitet für euch“. Man bemerke in solchen Situationen das gekonnt locker eingespielte kumpelhafte plurale Duzen!

Ich ertappe mich dann immer wieder, dass ich nach der Abreibung mit in seine Richtung leicht gesenktem Haupt, dann doch zu der Meinung komme: Eigentlich hot er ja scho meischtens recht.

Und wenn man dann aber nicht in seinem Sinne abstimmt, kommt dann schon mal die Drohung: „So Freunde, des wird i euch später, wenn ihr dann zu Einsicht kommet, scho no vor d’Nes halta.“ Sagt’s und hat den vermeintlichen Ärger – fast - schon vergessen.

Übrigens beherrscht unser OB die verdeckte Sprache der Mehrdeutigkeit ausgezeichnet. Wenn er zum Beispiel bei den Haushaltsplanberatungen beim Thema Software für die Planung der Stadtführungen bemerkt: „I sag do besser au nix drzua“, dann meint er eben gerade dies nicht. In der freien Übersetzung und der laienhaften Deutung heiß dies: „Etzt hand er noch gnuag Mischt gschwätzt, etzt däts noch roicha!“

Eigentlich hört er ja schon auf uns, erleidet dabei aber auch Schiffbruch. So in der Nacht vom 25. auf den 26.03.17 in Asti. Bei einem abendlichen Schoppen Barbera di Asti verstieg er sich in die

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

Zusage, in dieser Nacht für die B-Mannschaft der Biberacher bei der 24-Stunden Staffel zwischen 03:00 h und 04:00h an den Start zu gehen, damit die Mannschaft vollständig besetzt war, nachdem ihn Otto Dollinger mit seiner überraschenden Zusage mehr oder weniger dazu moralisch genötigt hatte. Und so kam es in der Nacht zum unausweichlichen Showdown. Fröstelnd wanderten wir zu nachtschlafender Zeit in das Stadion. Der Schreck vor der eigenen Courage in Form von Schweißperlen auf der Stirn war an der fahlen Gesichtsfarbe zu erkennen. Und jetzt kam der Gemeinderat ins Spiel: Den Wanderer-Spruch von Lutz Keil vom darauffolgenden Tag in der Gemeinderatssitzung antizipierend, der da heißt: „Je langsamer man wandert, desto weiter kommt man.“, hat er allzu wörtlich genommen und war gewillt dem Ratschlag zu folgen.

Ein wenig Albert Einstein wäre angebracht gewesen um festzustellen, dass der Rat von Lutz Keil für seinen Zweck relativ daneben war. Zu spät: mit seinen erzielten 7.022 Metern in der nächtlichen Stunde war er – und konnte er auch letztlich zufrieden sein - hätte da nicht die ultimative Feststellung seiner Frau beim Frühstück eingeschlagen mit der Bemerkung: So - jetzt gibt's auch koine Ausreda me drhoim wenn's ans Gada omgraba goht, - „ma het hene Knui.“

Dass bei aller Ernsthaftigkeit im Rat auch gelegentlich lockere Sprüche von der Verwaltungsbank kommen, macht uns unsere Arbeit leichter. So zum Beispiel als es um den Geltungsbereich der neuen Vergaberichtlinien für Ringschnait ging. Da hieß es dann: „In Ringschnait wirken sich die Vergaberichtlinien wie ein Zeugungs-Förderprogramm aus!“

Sehr geehrter Herr Zeidler, bei allem Spaß den wir hier im Rat miteinander haben, habe ich großen Respekt vor ihrer Leistung. Dies sei nur an einem kleinen Beispiel festgemacht. Während der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der partnerschaftlichen Verbindungen zu Valence, inklusive dem Bürgertag, hatten Sie an einem Wochenende neun Reden zu halten. Ich weiß, dass darin viel Zeitaufwand und Gehirnschmalz steckt. Dafür und für die vielen weiteren würdevollen Repräsentationen unserer großen Kleinstadt unser herzlicher Dank. Wir fühlen uns gut vertreten.

Auf einen Punkt freue ich mich noch. In Erwartung der noch kommenden Diskussionen um die Beleuchtung einiger Geh- und Radwege habe ich mir einige Zitate aus Ihrer Ansprache zur Eröffnung des Christkindlesmarkts in Biberach notiert. Ihre Gedanken zum Bewegungsmelder, der da auf Bewegungen reagiert und Licht in das traurige Dunkel bringt, passen gut zu unserem Antrag, Schulwege mehr auszuleuchten. Sie zitierten den Philosophen Johann Gottfried Herder mit einem Wahlspruch zur Weihnachtszeit: „Licht, Liebe, Leben“. Lassen Sie also nicht uns klagen über die Dunkelheit, sondern lassen Sie uns ein Licht anzünden, auch auf den Geh- und Radwegen unserer Schüler, fürwahr eine Tat der Liebe und Freude am Leben.

Lieber Herr Wersch, Sie als Ü-60-Senioren-Model belegen überzeugend, dass gutes, modisches Aussehen, nicht automatisch in reziprokem Wert zur geistigen Kapazität stehen muss. Sie, ich zitiere Sie vom 30.03.2017 in einer Stadtwerkesitzung, „... als ausgewiesener Dynamiker“, Zitatende, meistern ausgezeichnet die Herausforderungen Ihrer vielfältigen Tätigkeiten. Auch Ihnen dafür herzlichen Dank. Dabei bestätigen wir ausdrücklich Ihre Feststellung vom selben Tag die da lautet: „... sie dürfen eine gewisse Restvernunft bei uns hier voraussetzen.“

Wie in jedem Jahr geht ein herzliches Dankeschön an die Bauverwaltung mit Ihnen, Herr Kuhlmann, an der Spitze. Eine gute Kassenlage bewirkt eine große Wunschliste die es abzuarbeiten gilt, und dies bei immer schwieriger werdenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Es ist erkenn-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2017

bar, dass Ihnen die Gratwanderung zwischen den nachvollziehbaren Wünschen des Rates und der personellen Belastung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwer fällt.

Um wie viel vergnügungssteuerpflichtiger ist da der Job unseres liebevoll JR genannten Kulturdezernenten Dr. Riedlbauer. Bücherei, vhs, kulturelle Veranstaltungen, Stadtmarketing...Umgeben von lauter Erfolgsmodellen lässt es sich unter dem Motto "klein, stark, kulturbeflissen" gut arbeiten. Bei Ihren öffentlichen Auftritten leben Sie förmlich Ihre Begeisterung für Ihre tolle Aufgabe. Mit Ihnen als Dezernenten und mit dem vom Rat ausgestatteten Budget ergibt sich ein respektables Kulturangebot in Biberach. Auch dafür herzlichen Dank.

Apropos Finanzen! Ein schwäbischer Charakterkopf dieses Gremiums hat mich neulich über eine mir bis dato nicht bekannte Möglichkeit der Zelebration des urschwäbischen Sparsinnes aufgeklärt. Man nehme eine leere Tube Zahnpasta, fülle sie mit Wasser, und schon kann man sie noch einige Male weiter nutzen.

In diesem Sinne lassen sie uns in diesem Gremium weiter sparsam und verantwortungsbewusst mit den uns anvertrauten Steuermitteln nachhaltig und werterhaltend umgehen.

Meine Damen und Herren,

zum Ende eines erneut abwechslungsreichen Jahres geht der Dank des Gemeinderats

- an die uns weitestgehend wohlwollende Presse
- an eine überaus aktive Bürgerschaft mit allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern,
- an die Wirtschaft mit ihrer qualifizierten und fleißigen Arbeitnehmerschaft,
- an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
- an die gesamte Verwaltungsspitze, die insgesamt wieder eine ausgezeichnete Arbeit abgeliefert hat.

Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Ihnen allen danke ich auch persönlich für eine sehr angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Es macht Spaß, mit Ihnen die Geschicke der Stadt lenken zu dürfen.

Liebe Frau Appel, Sie waren in diesem Jahr als Powerfrau an vielen Fronten beschäftigt. Mit Ihrem Team (Frau Zeiler, Frau Schmid, Herrn Achberger, Frau Linder und mit Frau Weber) unterstützen Sie uns sehr zuverlässig mit Rat und Tat. Wie in jedem Jahr sagen wir - der Gemeinderat und die Ortsvorsteher - Ihnen ein herzliches ‚Vergelt’s Gott‘ für Ihren weit überdurchschnittlichen großen Einsatz. Bitte geben Sie den Dank auch an Ihr Team weiter.

Meine Damen und Herren, für die restliche Vorweihnachtszeit und zum Weihnachtsfest wünsche ich mir weniger kommerzielle sinnverfälschende Weihnachts-Folklore. Vielmehr wünsche ich mir mehr Besinnung auf die eigentlichen christlichen Grundwerte dieses so schönen Festes zum Jahresabschluss.

Abschließend wünsche ich Ihnen allen, Besuchern, Presse, Verwaltung und Gemeinderat, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, sowie ein gesundes und friedvolles Jahr 2018. Herzlichen Dank - auch für ihre Geduld!

Gemeinderat, 18.12.2017, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann